

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

04.2018

www.freiheit.org

2,90 EURO



ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

DER MUTMACHER

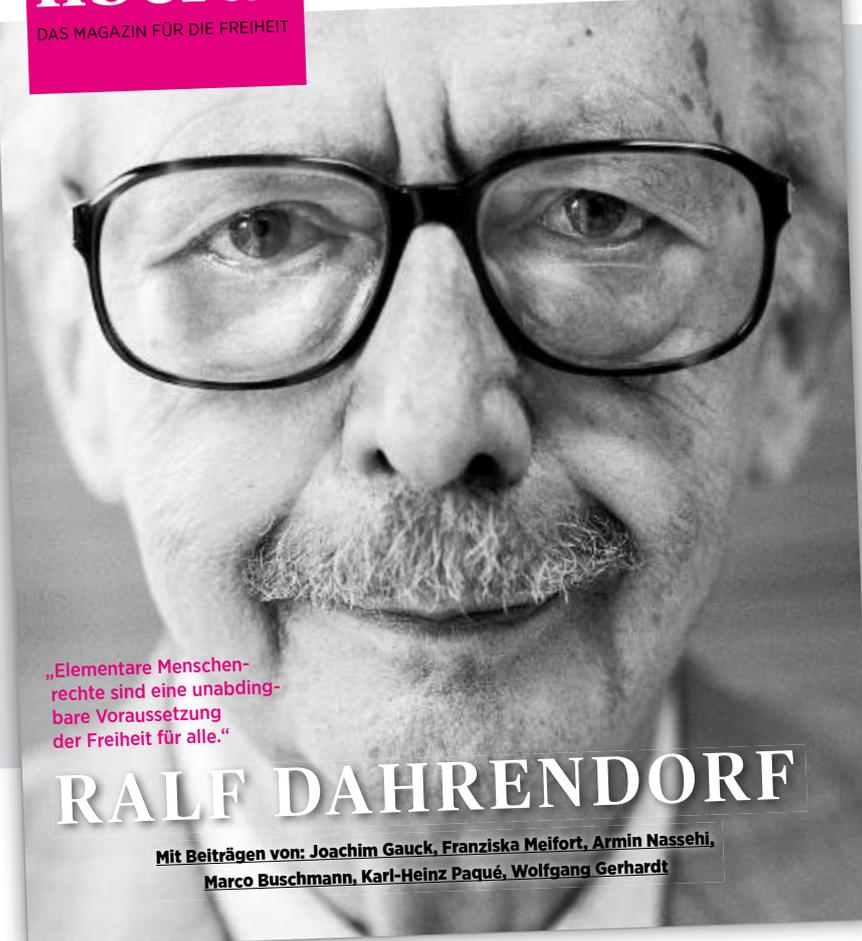
Soziologe Armin Nassehi erklärt im Gespräch mit Wolfgang Gerhardt, warum politisch bewegte Zeiten eine echte Chance für den Liberalismus sind.

Weitere Beiträge von: Frank Decker, Gabriel Felbermayr, Jens Hacke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Karl-Heinz Paqué, Henriette Reker

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

01. 2018
www.freiheit.org



„Elementare Menschenrechte sind eine unabdingbare Voraussetzung der Freiheit für alle.“

RALF DAHRENDORF

Mit Beiträgen von: Joachim Gauck, Franziska Meifort, Armin Nassehi, Marco Buschmann, Karl-Heinz Paqué, Wolfgang Gerhardt

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

liberal bittet Freigeister um ihre Meinung.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

„liberal bekennt sich zu Freiheit, Fairness und Fortschritt.“

WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*



Erscheint 4x im Jahr – auch als kostenfreie APP

Kostenfrei abonnieren

BESTELLUNG AN: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal-Aboservice**
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin
per Fax: 030/69088102 | per E-Mail: service@freiheit.org



Online-Bestellung: <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen

Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

„Anspruch und Haltung“

Es ist wohl das Phänomen unserer Zeit: Je besser es Menschen geht, desto mehr wenden sie sich oft gegen genau das, wodurch es ihnen besser geht. Der Satz stammt von Wolfgang Gerhardt, der dies damit auf den Punkt bringt. Deutschland geht es wirtschaftlich besser als jemals zuvor. Die Arbeitslosenquote liegt so niedrig wie zuletzt vor rund vier Dekaden. Doch wesentlich weniger rosig steht es derzeit um den Zustand der Demokratie.

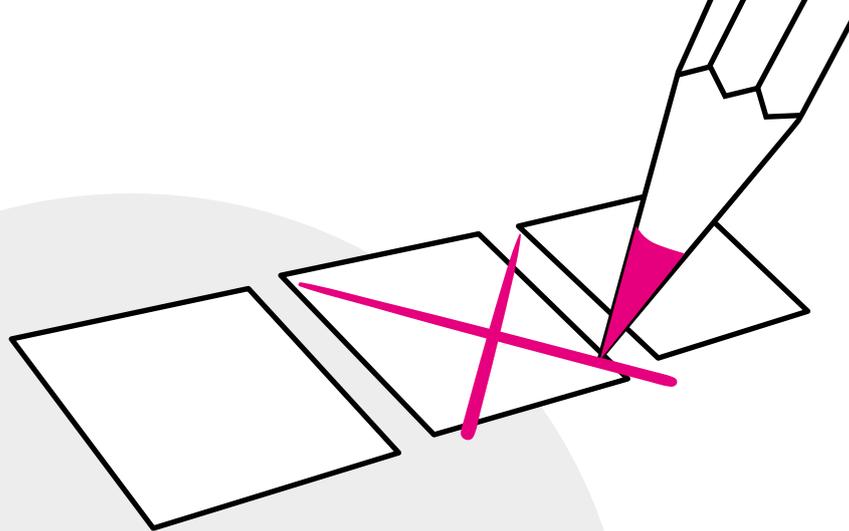
In Deutschland wie überall in der Welt agitieren zunehmend Marktschreier von links und rechts, schüren Ängste und nähren dabei Hoffnungen, die sie wissentlich niemals werden erfüllen können. Die politische Kultur hat Schaden genommen. Es ist Aufgabe aller Demokraten, jetzt dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Risse durch die Gesellschaft nicht noch tiefer gehen. Dazu will dieses Magazin seinen Beitrag leisten – mit meinungsstarken und zugleich Mut machenden Beiträgen unter anderem von Politikwissenschaftler Jens Hacke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker sowie der Begegnung zwischen Armin Nassehi und Wolfgang Gerhardt. Karl-Heinz Paqué erinnert in seinem Essay daran, wer unsere Gesellschaft trägt und wen es zu stützen gilt: die Mittelschicht. Parallel zur Krise der Demokratie erleben wir derzeit eine Abkehr vom Prinzip offener Märkte und von der Globalisierung. Was dahintersteckt und warum es keinen Grund gibt, die liberale Hoffnung auf eine Welt freier Märkte zu beerdigen, darüber sprechen wir mit dem Topökonom Gabriel Felbermayr.

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich Wolfgang Gerhardt nicht nur als Herausgeber von *liberal* in den wohlverdienten Unruhestand. Einer wie er, der stets nach dem Konfuzius-Satz handelte: „Wenn du liebst, was du tust, musst du nie arbeiten“, wird niemals nichts tun können. Doch seine ganz aktive Zeit bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit endete im September. Länger als jeder andere Stiftungsvorsitzende vor ihm, exakt zwölf Jahre, leitete Wolfgang Gerhardt mit Weitsicht, Intellekt, Anspruch und Haltung, Beharrlichkeit wie Geduld sowie stets Fairness und Bescheidenheit die Geschicke unserer Stiftung. Wir sagen „Danke“ für zwölf tolle und erfolgreiche liberale Jahre und wünschen seinem Nachfolger Karl-Heinz Paqué, der mit dem neuen Vorstand der Stiftung als Herausgeber die zukünftigen Ausgaben dieses Magazins verantwortet, alles Gute und viel Erfolg.

Schwerpunkt:
DIE ZUKUNFT
DER
DEMOKRATIE



KIRSTIN HÄRTIG,
CHEFREDAKTEURIN



SCHWERPUNKT

DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Die Weltlage ist angespannt und unmittelbare Besserung nicht zu erkennen. Die Hängepartie um den Brexit, der Siegeszug populistischer Parteien in Europa und der eskalierende Handelskonflikt in der Weltwirtschaft - Themen, die für Pessimismus Anlass geben und Politikverdrossenheit fördern, gibt es genug. Der Zustand der freiheitlichen Demokratie - er gibt in vielen Ländern kein gutes Bild ab. Doch es gibt auch Positives. Zum Beispiel, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus der gesellschaftlichen Mitte starkmachen für eine offene und freie Gesellschaft. Das macht Hoffnung. Doch die Frage bleibt: Wie ist es heute und in Zukunft um unsere Demokratie und Freiheit bestellt - dieser Frage gehen Autoren in dieser Ausgabe von *liberal* nach. So viel sei vorab gesagt: Die Lage ist besser, als es die Stimmung glauben macht.

ab Seite **8**

10 GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH NICHT

Bei allem Erstarren des Populismus - von „Weimarer Verhältnissen“ ist Deutschland noch weit entfernt.
Von Jens Hacke

14 KOMMT DER RECHTSSTAAT UNTER DIE RÄDER?

Die deutsche Justiz wird vernachlässigt. Dadurch ist das Vertrauen der Bürger in die Demokratie bedroht.
Von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

18 DIE ZUKUNFT DER FREIHEIT

Die Pole in der politischen Weltlage verschieben sich derzeit. Das ist auf Dauer eine Chance für den Liberalismus.
Wolfgang Gerhardt im Gespräch mit Armin Nassehi

26 DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Die heutige Demokratie zeigt Krisenerscheinungen. Dem lässt sich gezielt begegnen.
Von Frank Decker

30 KULTURELLE VIELFALT VERTEIDIGEN

Wie die Stadt Köln soziale Segregation verringern und neu ankommenden Flüchtlingen eine Perspektive bieten will.
Interview mit Henriette Reker

34 DIE VERGESSENE MEHRHEIT

Die Mittelschicht ist die steuerliche Melkkuh der Nation. Das muss die Regierung dringend ändern.
Von Karl-Heinz Paqué

40 PROGRAMMIEREN IST FÜR KINDER LEICHT

In einer privaten Digitalwerkstatt werden Grundschüler ans Programmieren herangeführt.
Von Stefan Kreitewolf

46 BRACHLIEGENDES POTENZIAL

Migranten nützen dem leer gefegten deutschen Arbeitsmarkt - wenn man sie denn richtig integriert und ausbildet.
Von Jana Samsonova

ARENA

50 **WIRTSCHAFT: MEHR SEIN ALS NUR ZUSCHAUER**

Die Vorbehalte gegen Globalisierung und Freihandel wachsen. Mit welchen Strategien sich Europa im Handelskonflikt behaupten kann.

Interview mit Gabriel Felbermayr

56 **POLITIK: STABWECHSEL**

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verabschiedet ihren langjährigen Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt.

Von Kirstin Härtig

60 **GESELLSCHAFT: HÜTER DER FREIHEIT**

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck erhält für sein Engagement den Freiheitspreis.

Von Kirstin Härtig

3 Editorial // 6 Kurz notiert // 62 Bücher

50



56



60



Fotos: Thomas Luther; picture alliance/MichaelKappeler/dpa; Wolfgang Borrs; Enno Kapitza

liberal • Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter, Bettina Stark-Watzinger, Michael Link

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Anders Mertzluft, Thomas Volkmann, Annett Witte
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de
Gesamtherstellung: planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion)

Projektleitung: David Schattke

Anzeigen: Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

Litho: TiMe GmbH

Druck: Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

INHALT

04.2018



Seite 18

„Fast alle Kategorien, mit denen wir heute arbeiten, haben eigentlich an Eindeutigkeiten verloren. Was ist eigentlich richtig oder gut, und was ist eigentlich falsch oder böse?“

ARMIN NASSEHI,
SOZIOLOGE



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht zusätzlich multimediales Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

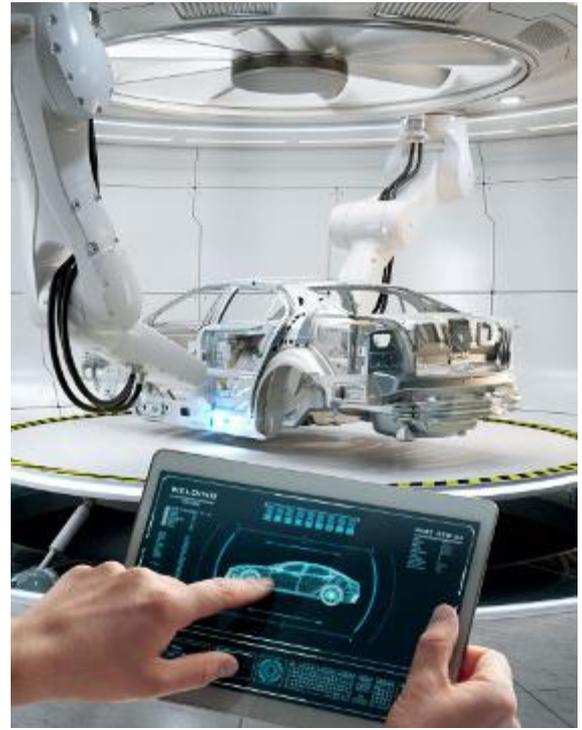
Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
<https://shop.freiheit.org/#Liberal/>

Digitalisierung treibt den Welthandel

Abgesänge auf die Globalisierung sind verfrüht: Kluge IT senkt die Handelskosten. Das hilft vor allem ärmeren Staaten.

Politische Konflikte und drohende Handelskriege belasten derzeit den Welthandel. In der Flut der schlechten Nachrichten geht da eine Nachricht fast unter, die jüngst von der Welthandelsorganisation (WTO) veröffentlicht wurde. Dank neuer Technologien sind die Kosten im internationalen Handel zwischen 1996 und 2014 um 15 Prozent gesunken, heißt es im „Welthandelsbericht 2018“. Und dieser Trend ist ungebrochen: Fallende Transport-, Logistik- und Transaktionskosten könnten den Welthandel bis zum Jahr 2030 weiter ankurbeln. Die Volkswirte der WTO rechnen damit, dass der weltweite Handel aufgrund sinkender Handelskosten bis 2030 um zusätzlich bis zu zwei Prozentpunkte wachsen könnte - und das pro Jahr. Zu den technologischen Treibern und damit Kostendrückern zählt die WTO neben künstlicher Intelligenz und dem Internet der Dinge auch 3-D-Drucker sowie die Blockchain-Technologie. Die technologischen Revolutionen sorgen zugleich für eine weitere Demokratisierung des Welthandels, schreiben die WTO-Fachleute in ihrem Jahresbericht. Kleine und mittlere Unternehmen aus Schwellen- und Entwicklungsländern könnten ihrer Auffassung nach am stärksten von sinkenden Handelskosten und neuen Technologien profitieren. Lag der Anteil aller Schwellen- und Entwicklungsländer am Welthandel 2015 bei rund 46 Prozent, könnte er nach der WTO-Prognose auf 57 Prozent im Jahr 2030 steigen.



Berliner Bildungsprobleme

Jeder kennt es aus dem Fußball: Wenn ein Team mit bis dato schlechten Spielern einen schlechten Trainer bekommt, droht zwangsläufig der Abstieg. Umgekehrt, auch das belegt die Geschichte des Fußballs immer wieder, vermag ein überdurchschnittlicher Coach aus einem unterdurchschnittlichen Team eine Menge herauszuholen. Im Berliner Senat sind diese Grundweisheiten offenbar nicht präsent. Anders ist nicht zu erklären, was jüngst der Wissenschaftler Dirk Zorn für die Bertelsmann Stiftung herausfand: An Berliner Grundschulen in sozial schwacher Lage sind doppelt so viele Quereinsteiger als Lehrer beschäftigt wie an Grundschulen in besseren Stadtvierteln. Während in den bürgerlichen Bezirken nur fünf Prozent der Grundschullehrer Quereinsteiger sind, liegt deren Anteil in den sozial problematische-

ren Gegenden schon bei 9,8 Prozent. „Grundschüler, deren Familien Sozialleistungen beziehen oder deren Muttersprache nicht Deutsch ist, werden besonders häufig von nicht regulär ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet“, sagt Zorn. Quereinsteiger haben wie herkömmliche



Lehrer auch ein klassisches Unterrichtsfach wie Mathematik oder Deutsch studiert. Was ihnen häufig fehlt, ist das fundierte didaktische Wissen – auf das es im Umgang mit sozial benachteiligten Kindern aber besonders ankommt. Und die Situation an den Berliner Grundschulen könnte sich weiter verschärfen: Quereinsteiger an den Berliner Grundschulen machten nach Zorns Angaben zuletzt knapp ein Drittel der neu eingestellten Grundschullehrer aus. Noch bedenklicher: Die Zahl der Seiteneinsteiger ist mittlerweile sogar höher als die der Quereinsteiger. Seiteneinsteiger sind Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung – etwa Uniabsolventen, die kein Unterrichtsfach studiert haben, oder Bachelorinhaber, die über das Programm „Unterrichten statt Kellnern“ in die Schulen gekommen sind.

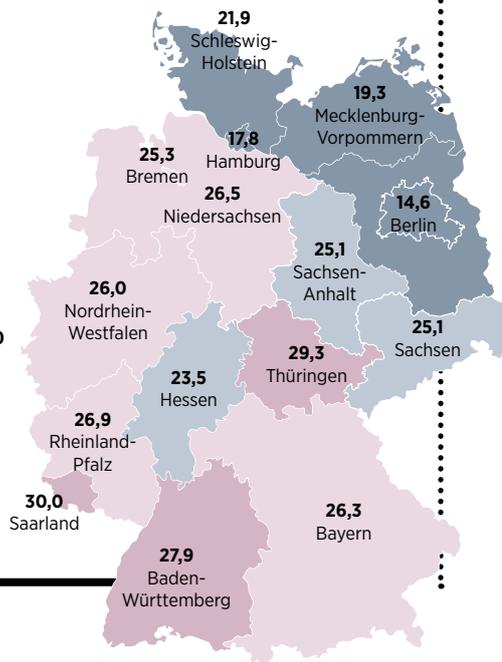
Das Roboterpotenzial

Wie groß ist das – theoretische – Risiko, dass eines Tages Kollege Computer oder Roboter meinen Job übernehmen könnte? Dieser Frage so manches deutschen Beschäftigten sind jetzt die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer aktuellen Studie nachgegangen. Das Ergebnis: Die theoretische Gefahr ist durchaus da. Aber ihre konkrete Höhe hängt stark davon ab, in welcher Branche die Arbeitnehmer tätig sind. Zudem hat das IAB in dieser Studie nicht untersucht, welche neuen Jobs zugleich durch die innovativen Technologien entstehen. Am höchsten ist laut der Studie das „Ersetzbarkeitspotenzial“ im verarbeitenden Gewerbe. 54 Prozent der derzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten könnten, wiederum rein theoretisch, durch einen Computer, Roboter oder Algorithmus ersetzt werden. In der Finanzdienstleistung sind es 48 Prozent der Beschäftigten, im Handel 22 Prozent und im Gastgewerbe nur zwei Prozent. Schaut man sich die regionale Verteilung der potenziell gefährdeten Jobs an, so fällt auf: Den Südwesten könnte es arger treffen als den Osten Deutschlands. 30 Prozent der Jobs im Saarland wären durch kluge Maschinen ersetzbar, ebenso 27,9 Prozent der Jobs in Baden-Württemberg. Zum Vergleich: Berlin kommt nur auf einen Anteil von 14,6 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern auf 19,3 Prozent. Der Grund für die starken Unterschiede sind die verschiedenen Wirtschaftsstrukturen. Gerade im wirtschaftlich starken Süden schlägt das Herz des verarbeitenden Gewerbes, in Großstädten oder dem Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern dominieren dagegen Dienstleistungen.

Roboterpotenzial im Südwesten am höchsten

Ersetzbarkeitspotenzial nach Bundesländern in Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Bundesdurchschnitt 30,0
■ über Durchschnitt
■ unter Durchschnitt



Quelle: IAB 2018

Fotos: Corbis RM Stills/Getty Images; imago/photothek

TERMINVORSCHAU

17.12.2018 • Schwäbisch Gmünd

Vor 100 Jahren – das Ende des Ersten Weltkrieges in Schwäbisch Gmünd

Warum musste die Reichsregierung den Waffenstillstand unterschreiben, wenn die heimkehrenden Truppen auf dem Gmünder Bahnhof unter „ungeheurem Jubel und tausendfachem Fahnenschwenken“ begrüßt wurden? Weltgeschichtliche Ereignisse können besser verstanden werden, wenn man den Blick auf die lokale Ebene richtet. Das gilt auch für das Ende des Ersten Weltkrieges, das Thema dieser Abendveranstaltung ist, die in Kooperation mit dem Geschichtsverein Schwäbisch Gmünd durchgeführt wird.

21.01.2019 • Alanus Hochschule, Alfter

Megatrend künstliche Intelligenz, u. a. mit NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Künstliche Intelligenz (KI) und Cognitive Computing sind Innovationstreiber des 21. Jahrhunderts. Hierin liegen riesige Chancen für die deutsche Wirtschaft und besonders die mittelständischen Unternehmen. Neue Geschäftsmodelle werden entstehen und smarte Anwendungen den Alltag erobern. Doch die Megatrends müssen gesellschaftlich bewertet werden. Daher wollen wir mit Ihnen diskutieren: Welche Chancen bieten KI und Cognitive Computing? Welche gesellschaftlichen Fragen müssen geklärt werden? Wo ist Politik gefordert?

23.01.2019 • Schwäbisch Gmünd

100 Jahre Frauenwahlrecht – (k)eine Gleichberechtigung in Sicht?

100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ist eine tatsächliche gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik nach wie vor nicht erreicht. Handeln ist gefragt. Sind eine Änderung des Wahlrechtssystems und die Einführung eines Paritätsgesetzes wie in Frankreich eine Lösung? Bieten Geschlechterquoten eine Garantie für eine stärkere Repräsentation von Frauen in Parlamenten? Welche Initiativen gibt es bereits in den Bundesländern?

30.01.2019 • Amerikazentrum Hamburg

Der Syrien-Krieg: Lösung eines Weltkonflikts. Lesung und Gespräch mit Kristin Helberg

Kristin Helberg war jahrelang die einzige offiziell akkreditierte westliche Korrespondentin in Damaskus. Die Journalistin und Syrienexpertin erklärt, wie aus einer friedlichen Revolution ein verheerender Krieg wurde und welche Parteien sich gegenüberstehen. Sie zeigt auf, welche ausländischen Interessen den Konflikt befeuern und was passieren muss, damit aus brüchigen Waffenruhen echter Frieden erwachsen kann.

08.02.2019 • Stuttgart

Pay Day? Diskussion zum nächsten europäischen Finanzrahmen

Alle sieben Jahre entscheidet die Europäische Union über ihren künftigen langfristigen Haushalt. Der nächste Finanzrahmen für den Zeitraum ab 1. Januar 2021 wird der erste Haushalt für die EU der 27 (ohne Großbritannien) sein. Wie sich die EU durch den neuen Finanzrahmen mehr Flexibilität ermöglicht, was auf die Mitgliedsstaaten zukommt und wie Rechtsstaatlichkeitsdefizite durch den neuen Haushalt behoben werden sollen, diskutieren Michael Link (MdB) und Markus Grabitz (*Stuttgarter Zeitung*, Büro Brüssel).

Weitere Veranstaltungen finden Sie unter www.freiheit.org

Die Szene könnte Geschichte schreiben: Im Herzen Berlins demonstrieren besorgte Bürger für den Fortbestand der Demokratie und eine offene und freie Gesellschaft. Doch der Hashtag im Namen der Initiative „#Unteilbar“ zeigt, dass wir das Jahr 2018 schreiben und nicht die Zwanzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts.

Hinzu kommt ein weiteres zentrales Faktum: Gegen den Niedergang der Weimarer Republik haben sich aus dem bürgerlichen Milieu öffentlich nur wenige gestellt. Das ist heute glücklicherweise anders. Gerade seit den Ereignissen von Chemnitz. Und genau das macht Mut und ist auch der Grund dafür, warum uns keine Weimarer Verhältnisse drohen, wie Politikwissenschaftler **Jens Hacke** auf den unmittelbar folgenden Seiten herausarbeitet. Gleichwohl, um Hackes jüngstes Buch zu zitieren, gibt es hierzulande eine „Existenzkrise der Demokratie“.

Ein ganz entscheidender Faktor dabei ist, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt sinkt. Die Ränder erstarken, die politische Sprache verroht. Trotz nach wie vor glänzender volkswirtschaftlicher Daten lässt auch bei manchem Bürger in der Mittelschicht das Grundvertrauen in die Demokratie nach. Bedenklich, aber teils auch verständlich, wenn man wie **Karl-Heinz Paqué** ab Seite 34 analysiert, warum die Reden vom „Rückgrat der Gesellschaft“ oft nur einen Sonntag lang halten und die Mittelschicht über die Jahre zur wirtschaftlichen Melkkuh der Nation wurde.

Stärker losgelöst vom Ökonomischen und Materiellen präsentiert der Bonner Politikwissenschaftler **Frank Decker** seine Vorschläge, wie das demokratische System wieder stabilisiert werden kann (Seite 26). Vor allem Liberale sind jetzt als Gestalterinnen und Gestalter gefragt, da sind sich Soziologe **Armin Nassehi** und **Wolfgang Gerhardt** in ihrem Gespräch einig. Bei allen kniffligen Punkten – eine versöhnliche Botschaft hat Nassehi parat: „Eigentlich ist es eine gute Zeit für den Liberalismus.“ Warum, das sagt er ab Seite 18.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beschreibt, wie die konkrete liberale Antwort auf Chemnitz aussehen sollte – eine, die klare Kante zeigt und zugleich der Sicherheit nicht die Freiheit opfert (Seite 14). Den Spagat zwischen Sicherheit und Freiheit in einer anscheinend auch gesellschaftlich immer komplexer werdenden Welt zu gewährleisten, das ist auch tägliche Aufgabe der Kölner Oberbürgermeisterin **Henriette Reker**. Das Interview mit ihr lesen Sie ab Seite 30.

Schwerpunkt:
DIE ZUKUNFT
DER
DEMOKRATIE



Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress





EXISTENZKRISE DER LIBERALEN DEMOKRATIE?



DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Der Aufschwung der Populisten erinnert an die Krise der europäischen Demokratien in den Zwanzigerjahren. Doch bei allen Problemen: Von „Weimarer Verhältnissen“ sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Zum demokratischen Selbstverständnis sollte neben aller Wachsamkeit auch Selbstbewusstsein auf das Erreichte gehören. Die Stärke der liberalen Demokratie liegt darin, dass sie verbesserungs- und lernfähig ist – aber sie muss ihre kreativen Spielräume auch nutzen.

VON JENS HACKE

Bonn ist nicht Weimar“ – diese sprichwörtlich gewordene Diagnose des Schweizer Publizisten Fritz René Allemann aus dem Jahr 1956 beinhaltet die Staatsräson der Bundesrepublik. Warum Weimar scheiterte und was den Nationalsozialismus an die Macht brachte, diese Fragen gehörten zum Selbstverständnis einer Nachkriegsdemokratie, die aus der Geschichte gelernt hatte. Mit jedem Jahrzehnt rückte die Zwischenkriegsepoche mit ihren politischen Extremen ferner: Radikalnationalismus, Rassismus, Antiliberalismus, Irrationalismus und Gemeinschaftssehnsucht – diese Verirrungen konnten aus bewegten Zeiten, psychosozialen Folgen des Krieges und Verzweiflung angesichts ökonomischen Zusammenbruchs erklärt werden. Lange schienen die Lektionen aus der Geschichte verinnerlicht, und die Welt der Urgroßeltern lieferte den Rahmen für schaurige Historienfilme, ähnlich fremd wie das Mittelalter.

In der letzten Zeit hat sich die gefühlte Überlegenheit der Nachgeborenen merklich verflüchtigt. Wenn vom Aufschwung des Rechtspopulismus und von der Krise der Demokratie die Rede ist, sind die 1920/30er-Jahre wieder bedrohlich nahe an die Gegenwart herangerückt. „Nächste Ausfahrt Weimar?“, fragte nach den Ereignissen von Chemnitz Albrecht von Lucke, einer der führenden Publizisten der Republik.

Der renommierte Historiker Timothy Snyder diagnostiziert ein Revival faschistischer Ideologie in Russland, aber auch in den USA, und sieht die westliche Welt auf dem Weg in die Unfreiheit. Politikwissenschaftler sinnieren darüber, wie Demokratien scheitern und zerfallen. Sosehr sich die historischen Umstände nach neun Jahrzehnten unterscheiden, so sensibel registrieren die Ideenhistoriker ihre Déjà-vu-Erlebnisse. In der Tat reaktivieren die nationalistischen Homogenitätsfantasien europäischer Populisten das Vokabular von Rechtsintellektuellen wie Carl Schmitt. Ressentiment und Aggressi-

on richten sich gegen das Fremde und gegen diejenigen, die für Pluralität, Toleranz und kulturelle Vielfalt eintreten. Schuld an allem sind die Liberalen, damals wie heute.

Beschleunigter Fortschritt, sozialer Wandel, internationale Krisen und ökonomische Ungewissheit machen Demokratien erneut anfällig für den Irrationalismus. Statt komplexer Problembewältigung will man einfache Lösungen, statt mühsamer Kompromissuche herrscht die Sehnsucht nach Führung von oben, statt Möglichkeiten für das politische Engagement wahrzunehmen, erklärt man die politischen Elite zum Sündenbock.

Zutiefst irritierend ist allerdings, dass uns kein adäquater Krisenbegriff zur Verfügung steht, der uns hilft, die gegenwärtige Situation zu begreifen. Sozioökonomisch ist in Deutschland keine größere Not erkennbar als in früheren Jahren. Im Gegenteil: Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand, und Haushaltsüberschüsse bieten politische Handlungs- und Verteilungsspielräume wie niemals zuvor. Trotzdem hat die Unzufriedenheit mit der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik ein bislang ungekanntes Ausmaß erreicht. Das Misstrauen in das politische System zeigt sich in den Wahlerfolgen der AfD überdeutlich. Ihr gelingt es als reine Protestpartei, Ablehnung und Unzufriedenheit zu bündeln, ohne auch nur den Ansatz einer tragfähigen politischen Programmatik erkennen zu lassen. Als sie Mitte 2015 vor dem Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit stand, sicherte sie sich durch die monothematische Instrumentalisierung der Flüchtlingsproblematik ihr vorläufiges Überleben. Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, lediglich die Rechtspopulisten zu dämonisieren und nicht nach den Schwächen der etablierten Parteien zu fragen.

Die Krise wurzelt also in tieferen Ursachen und kollektiven Projektionen, in Statusverlustängsten und im Gefühl bestimmter →

Bevölkerungsgruppen, benachteiligt zu sein. Dabei signalisiert die Abkehr von der liberalen Demokratie drei Defizite, die oberflächliche Strukturähnlichkeiten zur Lage in Weimarer Lage aufweisen.

Erstens werden die Leistungsfähigkeit und die demokratische Legitimation der parlamentarisch-repräsentativen Regierungsweise generell infrage gestellt. Zweitens traut man der liberalen Demokratie nicht mehr zu, hinreichend für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen und Antworten auf Sinnfragen zu finden. Drittens gibt es einen Vorbehalt gegenüber den Verteilungsgerechtigkeiten einer kapitalistischen Ordnung; auch die Wendung gegen Asylsuchende und Flüchtlinge ist dafür ein Zeichen, denn sie vollzieht sich in der Regel mit dem Hinweis darauf, dass sich ein Anrecht auf Unterstützung auf Staatsbürger beschränken sollte. Dieser Umstand kennzeichnet eine Leerstelle: Soziale Gerechtigkeit und prekäre Lebensumstände werden weder hinreichend problematisiert noch Gegenstand politischer Auseinandersetzung.

Sicher: Geschichte wiederholt sich nicht. Kriegsfolgen, Inflation und Weltwirtschaftskrise sorgten in Weimar für ein schwer vergleichbares, überhitztes politisches Klima. Die soziale Not war real, die ideologischen Kämpfe waren existenziell. Dennoch klingen die damaligen Krisendebatten auf unheimliche Weise vertraut. Das Aufkommen einer radikalen Rechten, welche die Massen mobilisierte, hielt man nach dem Untergang der Monarchie für ebenso unwahrscheinlich wie heute Trumps Präsidentschaft oder eine AfD auf dem Rang der drittstärksten, in vielen Bundesländern auf dem der zweitstärksten Partei. Und dem globalen Finanzkapitalismus kann man gegenwärtig kaum mehr vertrauen als in der Ära der verheerendsten Weltwirtschaftskrise.

Der große Nationalökonom und liberale Intellektuelle Moritz Julius Bonn (1873-1965) diagnostizierte bereits im Jahr 1925 eine „Krisis der europäischen Demokratie“. Sein gleichnamiges Buch liest sich in weiten Teilen wie eine Bestandsaufnahme zur Gegenwart. Als Reaktion auf Modernisierungsprozesse beobachtete er einen ressentimentgeladenen Nationalismus, der sich gegen Minderheiten wandte und eine Politik der Ausgrenzung praktizierte. Nationalisten und Faschisten attackierten die zarten Anfänge internationaler Kooperation im Völkerbund und die ersten europäischen Versöhnungsinitiativen vehement. Im italienischen Politiker und späteren Diktator Benito Mussolini sah Bonn den Vorboten einer pseudodemokratischen Regierungsweise, bei der sich die Mitwirkung des Volkes auf die plebiszitäre Legitimation von bereits vollzogenen Maßnahmen beschränkte. Die faschistische und später nationalsozialistische Propaganda zielte darauf ab, das Volk als homogene Masse im Führerwillen aufgehen zu lassen. Eine klare Absage an Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaat.



Die Stärke der liberalen Demokratie liegt darin, dass sie **verbesserungs- und lernfähig** ist.

Wie andere Weimarer Demokraten sorgte sich Bonn um die junge Republik, die sich noch nicht auf einen eingetübten Verfassungspatriotismus und eine bewährte demokratische Kultur stützen konnte. Bonn wusste, dass die Stabilität der liberalen Demokratie von ihrer Leistungsfähigkeit abhing. Gute demokratische Regierung musste allen Bürgerinnen und Bürgern Anteil am Gemeinwohl bieten - das hieß vor allem soziale Sicherheit und klassenübergreifende Prosperität. Dabei sollte der Bürger aber nicht auf die Rolle des Konsumenten reduziert werden. Das Ideal einer bürgerlichen Selbstregierung verlangte nach Partizipation und Einsatz für das Gemeinwesen.

Kluge Staatsrechtler wie Hans Kelsen oder Hermann Heller wussten, dass politischer Irrationalismus und Faschismus kein Schicksal waren, sondern strukturelle Ursachen hatten. Sie erkannten, dass es der liberalen Demokratie am emotionalen Appeal mangelte. Demokratisches Bewusstsein benötigt Überzeugung, den Glauben an gemeinsame Ziele und kann nur durch eine republikanische Erziehung gewährleistet werden. Trotz aller Schwierigkeiten sahen sie

in der demokratischen Regierungsweise die aussichtsreichste Form, hinreichend für soziale Integration zu sorgen. Funktionierende demokratische Gemeinwesen setzen eine zufriedene gesellschaftliche Mitte voraus - es ist Aufgabe der Politik, durch aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik für Lebenschancen aller Schichten zu sorgen.

Diese Herausforderungen waren damals neu, denn der Wohlfahrtsstaat steckte in den Kinderschuhen. Unter dem Leitbegriff der sozialen Demokratie suchten moderne Liberale und Sozialdemokraten nach Formen und Methoden, um den krisenanfälligen Kapitalismus einzuhegen. Die Marktwirtschaft musste demokratisch werden, das heißt: der Allgemeinheit Vorteile bringen, mehr Arbeitnehmerrechte und betriebliche Mitbestimmung zulassen. Das Wirtschaftsleben war ohne politische Regulierung undenkbar geworden. Liberale wie Moritz Julius Bonn richteten ihre Kritik nicht gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung, sondern gegen Unternehmereliten, die ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung in der Demokratie nicht gerecht wurden. Ihnen warf Bonn vor, die Gewinne zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren, ohne sich um die gesellschaftliche Balance zu scheren. Auch diese Kritik bleibt aktuell. Wie damals geht es heute darum, die Dynamik der Wirtschaft politisch auszubalancieren. Neben der notwendigen Gewährung von Aufstiegschancen für alle Bevölkerungsteile sind allerdings heute ökologische Verantwortung und globale Gerechtigkeitsforderungen als neue Faktoren hinzugekommen.

Als Zeitzeugen von Bolschewismus und Faschismus entwickelten Liberale bereits Mitte der Zwanzigerjahre eine Vorform der Totalitarismustheorie, mit der sich die politischen Extreme in Ideologie und Praxis verstehen ließen. Die Gegner einer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung formierten sich damals ähnlich schnell und unvorhergesehen wie in der Gegenwart. Ihre Militanz war unübersehbar. Überzeugte Republikaner diskutierten deshalb frühzeitig über die Gestaltung einer wehrhaften Demokratie. Dass sie politisch keinen Widerhall fanden, ist ihnen nicht anzulasten. Aber nach 1945 kehrten ihre Ideen zurück ins Nachkriegsdeutschland und formten den Konsensliberalismus im Kalten Krieg.

Wir dürfen nicht vergessen, dass politische Denker Neuland betreten, als sie damals egalitäre Massendemokratie und liberale Freiheitswerte zusammendachten. 1918, also genau vor hundert Jahren, war die Geburtsstunde der liberalen Demokratie, nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen der atlantischen Welt, denn das freie und gleiche Wahlrecht, auch für Frauen, setzte sich erst jetzt nach und nach durch - in Großbritannien sogar erst 1928 und in Frankreich noch später, nämlich 1944. Heute wird uns klar, dass die liberale Demokratie keinem determinierten Entwicklungsgang entsprungen ist. Sie beruht auf hart erkämpften Kompromissen zwischen bürgerlichem Liberalismus und Sozialdemokratie. Die einen mussten soziale und politische Gerechtigkeitsforderungen

anerkennen, die anderen die Unhintergebarkeit des Rechtsstaates und der individuellen Freiheit.

Im Rückblick auf das 20. Jahrhundert lässt sich konstatieren, dass die Demokratie nie Ausgangspunkt war, sondern fast immer zuletzt kam, also auf der vorherigen Verankerung liberaler Ideen aufbaute. Anders ausgedrückt: Nur als liberale Demokratie hatte sie bislang Chancen auf Stabilisierung und Dauerhaftigkeit. Das sollte man auch in Erinnerung behalten, wenn Rechtspopulisten das Hohelied auf die „illiberale Demokratie“ singen. Eine Wortschöpfung übrigens, die Wilhelm Röpke, Mitbegründer des Ordoliberalismus, Anfang der 1930er für den Nationalsozialismus prägte.

Natürlich reicht allein das Glaubensbekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung kaum aus. Sie ist ein fragiles Gut, und unsere Demokratie wäre nicht in gefährdeter Lage, wenn sie keine Schuld an ihrem derzeitigen Zustand trüge. Das Register der Fehlentwicklungen ist lang: die Technokratie der Europäischen Union, die neoliberale Inkaufnahme wachsender sozialer Ungleichheit, der fehlende Mut zum Entwurf des guten Lebens in einer künftigen ökologisch verantwortlichen Gesellschaft, die verspäteten Anstrengungen sozialer und politischer Integration von Zuwanderern, die Versäumnisse in der Prävention globaler Migration.

Die Stärke der liberalen Demokratie liegt darin, dass sie verbesserungs- und lernfähig ist. Garantien für ihren Bestand gibt es nicht. Die Einsichten der Weimarer Denker bleiben aktuell, weil sie die Existenzkrise der Demokratie durchdachten. Bei ihnen ging es um das Ganze, und sie erinnern uns daran, wie voraussetzungsreich das Projekt der liberalen Demokratie bis heute tatsächlich ist.

Daraus können wir Kraft schöpfen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie viel besser unsere heutige Lage und wie viel kreativer Spielraum für demokratische Politik eigentlich vorhanden ist. Um diese Möglichkeiten auszuschöpfen, sollte man sich aus der gegenwärtigen Verzagtheit befreien und selbstbewusst eine politische Agenda vorlegen. Es reicht nicht, das Erreichte zu verwalten. Nötig ist ein neuer Mut, die demokratische Gesellschaft weiterzuentwickeln, lebenswerter zu machen und dabei die Freiheit entschlossen zu schützen. ●



JENS HACKE, Jahrgang 1973, vertritt zurzeit die Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Große Beachtung fand zuletzt sein bei Suhrkamp erschienenes Buch „Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit“.
@ redaktion@libmag.de

IST DER RECHTSSTAAT IN GEFAHR?

Eine funktionierende Justiz ist ein wichtiger Faktor für das Funktionieren von Demokratie. Sonst verlieren Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in staatliches Handeln und es entsteht der Glaube, dass es rechtliche Willkür gibt und Behörden nicht handlungsfähig sind. Dieses Vertrauen ist bedroht.



Illustration: Getty Images/ikon Images

VON SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER

Der Rechtsstaat oder besser der Begriff des Rechtsstaats hat Konjunktur. Kaum eine Rede im Parlament, in der er nicht bemüht wird. Die Rechtspopulisten gebrauchen, besser missbrauchen ihn, um ihre Agitation gegen Ausländer zu rechtfertigen nach dem Motto, es muss alles nach Recht und Ordnung zugehen und deshalb hätten die hier lebenden Flüchtlinge ohne festen Aufenthaltsstatus hier nichts zu suchen. Wenn es das gewesen sein soll, wenn das den Rechtsstaat ausmacht, dann ist es mit ihm nicht allzu weit her.

Ein Staat ist rein formell ein Rechtsstaat, wenn er sich in der Beachtung von Formelementen wie korrekten Verfahren, formalen Begründungen, Schriftefordernissen erschöpft und eine inhaltliche Ausrichtung der Gesetzgebung an einer höheren Normenordnung nicht kennt. Als materieller Rechtsstaat gilt ein Staat, der auch diese inhaltliche Ausrichtung gewährleistet und sie insbesondere durch die Verfassungsbindung der Gesetzgebung und durch die Normierung von Grundrechten sichert. Das ist der Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes, in dem Regierung und Verwaltung nur im Rahmen der bestehenden Gesetze handeln dürfen und ihr Handeln durch die Werteordnung unseres Grundgesetzes begrenzt ist. Wenn die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger garantiert sind, wenn staatliche Entscheidungen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können und den Bürgern der Rechtsweg garantiert ist, sprechen wir zu Recht vom Rechtsstaat.

Rechtsstaat heißt auch Rechtssicherheit und Rechtsdurchsetzung. Es bedeutet, dass man sich auf die Justiz und Verwaltung ver-

lassen kann. Dass man nicht nur Recht hat, sondern auch bekommt, und zwar zeitnah. Dass vor dem Gesetz tatsächlich alle gleich sind. Dass es keine Willkür gibt. Dass Gerichtsurteile auch beachtet werden. Dass man sich auf die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Behörden verlassen kann. In diesem Sinne ist Rechtssicherheit ein wichtiger Faktor für das für die Demokratie so notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches und justizielles Handeln.

Der Rechtsstaat gerät unter Druck - in der Welt, in Europa und auch in Deutschland.

Kritische Stimmen zu Dysfunktionalitäten sollten wir ernst nehmen. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Jens Gnies, warnt vor Problemen bei der öffentlichen Sicherheit angesichts chronisch unterbesetzter und schlecht ausgestatteter Gerichte und Strafverfolgungsbehörden. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG), Andreas Voßkuhle, beschrieb im Rahmen seiner Eröffnungsrede des Juristentages im September dieses Jahres einen „Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Bindekraft rechtlicher Regelungen“ und ein abnehmendes Verständnis für die „Kompliziertheit des Rechtes“. Gründe hierfür sieht er unter anderem im Verhalten staatlicher Stellen im Rahmen der Flüchtlingskrise, aber auch während der Abgasskandale, der Finanzkrise und im Rahmen des zu Unrecht abgeschobenen Sami A. Weiter kritisiert er häufig schlechte oder fehlerhafte Kommunikation über Gerichtsentscheidungen. Gerichte würden nicht nur durch ihre Urteile sprechen, sondern es müsste richtig über sie gesprochen, sie müssten den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden.

Nach meiner Einschätzung tragen auch komplexe Verfahren, in denen vielfältige subjektive Interessen und Rechte zum Ausgleich gebracht werden sollen und dabei diverse Klagemöglichkeiten und Verfahrenswege beschritten werden, die teils zu →

widersprüchlichen Entscheidungen führen, ebenfalls zum drohenden Vertrauensverlust bei. Dafür sind Regierungen und Gesetzgeber verantwortlich.

Auf keinen Fall aber dürfen wir die Wertebezogenheit und Wertebindung unseres Rechtsstaats untergraben. Der liberale Rechtsstaat des Grundgesetzes hat immer eine materielle Komponente. Artikel 1, Absatz 3 unserer Verfassung ist eindeutig. Deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen, dass der Rechtsstaat auf Formalitäten reduziert wird und bei unterschiedlichen politischen Auffassungen mit Schaum vor dem Mund aus der Mitte der Politik die „Herrschaft des Unrechts“ beschworen wird.

Justiz in Polen wird abhängig

Wie schnell Rechtsstaat und Rechtsstaatlichkeit Schaden nehmen können, zeigt die Entwicklung in unseren Nachbarländern. Im Dezember 2017 eröffnete die Europäische Kommission das erste Sanktionsverfahren nach Art. 7 EUV gegen Polen, das bis zum Entzug der Stimmrechte des Mitgliedsstaates führen kann. Hierdurch sollen Verstöße gegen die europäischen Grundwerte, wie sie sich aus Art. 2 EUV ergeben, frühzeitig geahndet werden. Diese Werte umfassen neben Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Gleichheit eben auch die Rechtsstaatlichkeit. Die Unabhängigkeit der Justiz ist in Polen systematisch abgebaut worden. Die Venedig-Kommission, ein fachkundiges Juristengremium des Europarates, hat in der von der polnischen Regierung erbetenen Stellungnahme deutliche Kritik geäußert. Mitte September hat das Europäische Parlament den Rat aufgefordert, auch gegen Ungarn ein solches Verfahren zu eröffnen. Auch Rumänien, Bulgarien oder Tschechien stehen in der Kritik und könnten die nächsten Kandidaten für ein solches Sanktionsverfahren sein. Den Entwicklungen in diesen Staaten gemein ist ein verdeckter oder sogar ganz offener Angriff der Exekutive auf die Rechte und Unabhängigkeit der anderen Gewalten - vor allem der Judikative. So sind sowohl in Polen als auch in Ungarn die Ver-

Die neuen digitalen Überwachungstechnologien sind ein großes Problem für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates

fassungsgerichtshöfe de facto entmachtet, die Unabhängigkeit der Gerichte wird systematisch untergraben. Diese Entwicklung aber legt die Axt an das Fundament der europäischen Wertegemeinschaft. Daher brauchen wir eine Initiative zum Schutz der Grundwerte in der EU - einen Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. Analog zum Europäischen Fiskalpakt sollte zukünftig regelmäßig die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU länderspezifisch durch die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), unter Zuhilfenahme der Berichte des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) und der Venedig-Kommission des Europarats, evaluiert werden. Fehlentwicklungen können so frühzeitig erkannt werden.

Persönlichkeitsrechte sind bedroht

Aus meiner Sicht muss bei der Betrachtung dieser durchaus wichtigen Entwicklungen aber noch ein weiterer Aspekt in Betracht gezogen werden, der den Glauben der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat untergräbt: der kontinuierliche Grundrechteabbau, insbesondere im Bereich der Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes. So hat insbesondere der Kampf gegen terroristische Bedrohungen in den letzten Jahren zu einer massiven Beschneidung von Bür-

gerrechten geführt. Im Irrglauben, dass mehr Überwachung automatisch mehr Sicherheit bedeuten würde, wird fleißig am Überwachungsstaat gefeilt. So ist die Vorratsdatenspeicherung immer noch nicht vom Tisch. Die Bürgerinnen und Bürger sollen unter anlasslosen Generalverdacht gestellt werden, obgleich dies bereits durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) für europarechtswidrig erklärt wurde. Auch die „kleine Schwester“ der Vorratsdatenspeicherung, die Fluggastdatenspeicherung, wird weiter ausgebaut. Die Einführung der biometrischen Lichtbilddatei, auf die seit der letzten Gesetzesnovelle auch die Geheimdienste zugreifen dürfen, und die Entwicklung der intelligenten Videoüberwachung (Pilotprojekt am Bahnhof Berlin-Südkreuz) bringen uns ferner auf den besten Weg zur Vollüberwachung. Rechtsstaatliche Bedenken habe ich ferner auch mit Blick darauf, dass die Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden immer weiter in den Vorfeldbereich von Straftaten ausgedehnt wird. Dabei wird insbesondere der Begriff der Gefahr immer nebulöser und im bayerischen Polizeiaufgabengesetz jetzt sogar zur „drohenden Gefahr“ ausgedehnt. Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden werden damit immer mehr mit klassischen Geheimdienstbefugnissen ausgestattet, was wiederum die Frage nach einer demokratischen Kontrolle dieser Tätigkeiten aufwirft.



Auch der Gefährderbegriff wird seit Jahren viel zu vage definiert - was aus rechtsstaatlicher Sicht ein Problem ist, was aber auch Ermittlungsspannen zur Folge hat und damit die Institution „Rechtsstaat“ beschädigt. Besonders sichtbar wird dieses Problem gegenwärtig im Bereich des Ausländer- und Asylrechtes.

Der Rechtsstaat überwacht seine Bürger

Darüber hinaus sehe ich auch im behördlichen Umgang mit den neuen digitalen Überwachungstechnologien ein großes Problem für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates. Dies insbesondere deshalb, weil die Strafverfolgungsbehörden bei der Anwendung beispielsweise der Quellen-TKÜ (Staatstrojaner) oder auch der Online-Durchsuchung in einem Dilemma stecken: Möchten sie einen Staatstrojaner nutzen oder eine Online-Durchsuchung durchführen, so müssen sie dafür heimlich eine Schadsoftware auf den durch die Zielperson verwendeten elektronischen Geräten installieren. Hierfür ist aber eine Sicherheitslücke in den informationstechnischen Systemen als Einfallstor erforderlich. Der Staat hat also ein großes Interesse daran, derartige Sicherheitslücken zu finden, gegebenenfalls zu nutzen und nicht allzu bald schließen zu lassen. Zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger ist er aber verpflichtet, für eine sichere digitale Infra-

struktur und Cybersicherheit zu sorgen. Besonders das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat diese Aufgaben wahrzunehmen. Dass solche Sicherheitslücken zu enormen Schäden für die Gesamtbevölkerung führen können, zeigte etwa die „WannaCry“-Schadsoftware für das Windows-System, die im Mai 2017 großen Schaden anrichtete. Halten Behörden im Zweifel Informationen über Sicherheitslücken zugunsten der Strafverfolgung zurück? Auch auf solche Fragen müssen rechtsstaatlich überzeugendere Antworten gefunden werden.

Schließlich beobachte ich auch einen rechtsstaatlich mangelhaften Umgang der Bundesregierung mit den Herausforderungen der digitalen und sozialen Medien. So hatte die Bundesregierung im Jahr 2017 keine bessere Idee, um gegen das wachsende Problem von Hass und gezielter Desinformation in den Netzwerken vorzugehen, als die Social-Media-Konzerne per Gesetz und unter Strafandrohung dazu zu zwingen, unliebsame Inhalte selbst zu löschen. Mit dem „NetzDG“ werden aber plötzlich die Netzwerkbetreiber zum Richter über Recht und Unrecht in den sozialen Medien gemacht, anstatt unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Gleichzeitig schuf das NetzDG

auch noch eine ganz erhebliche Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit aufgrund des zu erwartenden „overblockings“.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Rechtsstaat in Deutschland nicht am Abgrund steht, es aber schon Schwächen und Defizite gibt. Es ist in Deutschland gelungen, auf der Grundlage der Erfahrungen aus zwei Diktaturen eine lebendige Demokratie und einen starken Rechtsstaat zu schaffen. Hierauf dürfen und sollten wir stolz sein. Gleichzeitig sind die aufgezeigten Entwicklungen aber nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die rasante Verschlechterung der politischen und rechtsstaatlichen Lage bei vielen unserer Nachbarn und auch bei Partnern der Stiftung hat gezeigt, dass wir negative Entwicklungen in diesem Bereich von Anfang an ernst nehmen müssen. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass sich viele an der Debatte über die Bedeutung des Rechtsstaates beteiligen. Dazu gehört auch, darüber nachzudenken, wie effektivere Sanktionsmaßnahmen auf EU-Ebene geschaffen werden können. Gegenwärtig besteht noch die Gefahr, dass sich betroffene Staaten gegenseitig im Verfahren schützen können. Gleichzeitig müssen wir dem zunehmenden Demokratie- und Rechtsstaatsverdross nicht nur durch technisch-fachliches Erklären, sondern auch mit Emotionen begegnen. Wir sollten mit mehr Stolz und Selbstvertrauen für unseren demokratischen Rechtsstaat werben, der uns Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa gebracht hat. ●



SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die ehemalige Bundes-

justizministerin ist Anfang November von der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur ersten Antisemitismusbeauftragten des Bundeslandes berufen worden.

redaktion@libmag.de

IM GESPRÄCH



ARMIN NASSEHI ist seit 1998 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Universität München. Er ist in Tübingen, München, Landshut, Teheran und Gelsenkirchen aufgewachsen. Im Alter von 18 Jahren entschied er, sich katholisch taufen zu lassen. Nassehi beteiligt sich intensiv an gesellschaftlichen Debatten und ist Herausgeber der Kulturzeitschrift „Kursbuch“..

WOLFGANG GERHARDT war lange Jahre Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Herausgeber von *liberal*. Er beabsichtigt, sich auch weiterhin aktiv in die gesellschaftlichen Diskussionen um Freiheit und Verantwortung einzumischen.



„WAS IST EIGENTLICH RICHTIG UND WAS IST EIGENTLICH FALSCH?“

Wolfgang Gerhardt: Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat neulich in einem Gespräch mit dem Schriftsteller Daniel Kehlmann gesagt: Früher hat man geglaubt, dass es zwischen Krieg und Frieden nichts mehr gibt. Und er sagt dann: Diese alte Ordnung erodiert. Wir treffen auf Faktoren, die Zwischensituationen beschreiben. Und wir können diese Herausforderung kaum mehr kontrollieren, und die Eliten können sie auch nicht mehr beschreiben oder vermitteln.

Armin Nassehi: In der Tat, dem kann man kaum widersprechen. Fast alle Kategorien, mit denen wir heute arbeiten, haben diese Eindeutigkeiten verloren. Was ist schön, was ist nicht schön in der Kunst? Was ist richtig oder gut, und was ist falsch oder böse? Was ist angemessenes Risikoverhalten in der Ökonomie, was nicht? Und natürlich, wenn man auf politische Fragen kommt: Manches Linke ist dem Rechten näher, als man denkt - und umgekehrt. Ich glaube, dass tatsächlich Kategorien infrage gestellt werden. Deshalb ist das Komplexitätsthema so interessant. Komplexität heißt ja nicht einfach, dass die Dinge irgendwie schwieriger geworden sind. Sondern Komplexität - im Sinne eines systemtheoretischen Begriffs - versucht zu beschreiben: Wie viel Bestimmtheit findet in einem System statt, und wie viel Unbestimmtheit?

Gerhardt: Viele Menschen denken, dass man doch mindestens zwischen Krieg und Frieden noch einigermaßen zuverlässig unterscheiden kann. Das scheint ein Irrtum zu sein.

Nassehi: Früher hätten wir gedacht, Bestimmtheit ist besser als Unbestimmtheit. Aber so einfach ist die Welt leider nicht. Zu viel Bestimmtheit ist eine Freiheitseinschränkung, ist eine Kreativitätseinschränkung, ist ein Entwicklungshindernis. Zu viel Unbestimmtheit ist ein Problem, dass man gar keine Ordnung mehr hat, dass man sich nicht auf Erwartungen verlassen kann, dass Strukturen verschwinden.

Gerhardt: Mit den Veränderungsschüben der Gesellschaften geht ein Verlust des Denkens in Wirkungszusammenhängen einher. Die Konsequenzen eigenen Handelns werden nicht nur von der moralischen Kategorie her, sondern im Tempo der Zeit und ihrer Beschleunigungsverhältnisse kaum noch bemerkt, geschweige denn „eingepreist“.

Nassehi: Das politische System hat natürlich eine merkwürdige Position. Die eigentliche Funktion von Politik ist ja gar nicht, die Gesamtgesellschaft zu steuern, im Prinzip über alle Fragen politisch zu entscheiden. Manche behaupten, wir würden in einer demokrati- →



Ich glaube, dass wir als westliche Gesellschaft das liberale Programm stärker durchgesetzt haben, als es auf den ersten Blick scheint.

schen Gesellschaft leben. Demokratie ist ein Programm des politischen Systems, nicht der Gesellschaft als ganzer. Wie wir lieben, wie wir an die Götter glauben, was wir schön finden, das wird alles nicht demokratisch entschieden. Und ich würde sagen: Gott sei Dank wird es das nicht. Die Politik ist dafür da, ein kollektiv bindendes Entscheiden zu ermöglichen und Loyalität auch von denjenigen zu bekommen, die nicht zur Mehrheit gehören. Das ist das Entscheidende. Aber die Erwartung an Politik ist eine andere: Man erwartet von Politik, was sie eigentlich gar nicht kann.

Gerhardt: ... und fordert es aber mit Unerbittlichkeit. Ich bin das Volk, mein Wille geschehe – um das mal so auszudrücken. Das ist nicht demokratisch, sondern gefährlich. Und dem sind besonders die Volksparteien, Dahrendorf nannte sie Omnibusparteien, die sich als Dienstleister für alles verstanden, so nicht mehr gewachsen.

Nassehi: Wenn man an die drei großen politischen Kräfte denkt, Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus: Alle drei sind im Hinblick auf bestimmte Bezugsprobleme konstitutiv für das, was wir das westliche politische Modell nennen. Es ist ja kein Zufall, dass die Parteiengestalt in fast allen westlichen Ländern ganz ähnlich war, weil sie jeweils bestimmte Bezugsprobleme bearbeitet haben. Zu den Omnibusparteien wurden die drei Richtungen erst, als man diese Unterscheidung nicht mehr richtig ernst nehmen konnte.

Gerhardt: Trifft diese allgemeine Bemerkung auch auf die Qualität der politischen Klasse in Deutschland zu? Den Deutschen wird eine technische Höchstleistungsfähigkeit attestiert, aber auch mangelnde politische Begabung.

Nassehi: Es wäre sehr leicht, jetzt mit Ja zu antworten. Aber ich glaube, man würde es sich zu einfach machen, wenn man sagen würde: Dann wechseln wir eben das Personal aus. Das funktioniert leider nicht. Es funktioniert übrigens fast in keinem Bereich. Im Unternehmen einfach das Personal auszuwechseln ist keine gute Strategie. Und in Parteien einfach das Personal auszuwechseln ... an Universitäten sowieso nicht. Vielleicht muss man die Frage in die Richtung lenken, ob wir nicht im Nachhinein gelungene Politik viel stärker den Personen zuzurechnen haben, die da waren.

Gerhardt: Aber sie werden schnell vergessen. Der Historiker Fritz Stern hat uns aufgefordert, etwas mehr Dankbarkeit zu zeigen für das Erreichte.

Nassehi: Man kann politisch gesehen leider wenig gewinnen durch Vergangenheit und nur bedingt gewinnen durch eine Zukunft, die wir nicht kennen, sondern muss quasi über den nächsten Tag kommen. Die ganze Politik ist so getaktet, dass es ein System ist, das in der Gegenwart funktionieren muss. Das Interessante ist: Wenn wir mal die Geschichte der Bundesrepublik anschauen, dann sind politische Akteure immer in Situationen erfolgreich gewesen, in denen sie etwas gemacht haben, dessen Kausalität man vorher immer bestritten hat. Die West-Bindung durch Adenauer war eine hoch unwahrscheinliche Sache, ein verunsichertes Bürgertum an den Amerikanismus anzuschließen und an Frankreich anzuschließen. Das war schon eine Leistung ...

Gerhardt: ... mit Überzeugung, Standfestigkeit und Weitsicht.

Nassehi: Und als sozial-liberale Koalition in der Lage zu sein, als eigentlich die falschen Akteure, diese Ost-Politik zu machen. Und die deutsche Einheit, da haben alle Zeitgenossen gesagt: „Das ist eigentlich unmöglich“, aber es ist tatsächlich geschehen. Das waren komplexe Konstellationen, in denen man sagen muss: Da haben Leute tatsächlich etwas Unmögliches versucht. Sie haben sich geweigert, die üblichen Kausalitäten einfach weiterzuführen, und haben Kausalitäten, die man für relativ sicher gehalten hat, zumindest infrage gestellt.

Gerhardt: Ich war in meinem politischen Aufwachsen Teilnehmer der Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Hans Wolfgang Rubin, der damalige Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung, preschte mit diesem Vorschlag vor. Das war mutig und, wie sich beim Fall der Mauer herausstellte, weitsichtig. Die Einsicht in der Gesellschaft musste allerdings erst noch errungen werden.

Nassehi: Aber das Verrückte ist: Obwohl die Dinge so umstritten waren, hat man sich schnell an die Lösungen gewöhnt. Wenn man jetzt nur die Beispiele, die ich vorhin genannt habe, sieht: Nach ein paar Jahren war das selbstverständlich. Die Ost-Politik wurde von den anderen nicht infrage gestellt.

Gerhardt: Leider aber erst im Nachhinein. Vorher war diese Einsichtsfähigkeit nicht bei allen anzutreffen, im Gegenteil.

Nassehi: Es ist doch sehr interessant zu sehen, ob es Parteien gelingt, das Bezugsproblem zu bewältigen. Das ist der Sozialdemokratie, die zurzeit im freien Fall ist, offenkundig nicht gelungen. Und ich würde sagen, das

ist zum Teil auch dem Liberalismus nicht gelungen. Die FDP war immer sowohl die Partei der unternehmerischen Freiheit als auch die Partei der bürgerlichen Freiheiten. Sie war sogar die Partei - obwohl der Liberalismus sozusagen eine Distanz zum Religiösen hat - der religiösen Freiheit, also nicht nur der Freiheit von Religion, sondern auch sehr positiv einer Weiterentwicklung religiöser Reformen im liberalen Sinne. Sie hat das auch im wissenschaftlichen Bereich sehr, sehr stark gemacht. Das wäre das, was ich mir unter einem modernen Liberalismus vorstelle: tatsächlich diese Frage, das ungelöste Verhältnis von Freiheit und Sicherheit oder das ungelöste Verhältnis von Bestimmtheit und Unbestimmtheit auf alle Bereiche der Gesellschaft zu übertragen. Die Konservativen sind zurzeit eigentlich diejenigen, für die die Dinge am einfachsten sind, weil die Grundprobleme, mit denen wir heute zu tun haben, sehr viel mit Identitätsfragen, mit Zugehörigkeitsfragen zu tun haben. Man kann ja viel über die CSU schimpfen ...

Gerhardt: Es gibt keine politische Partei, die nicht auch schon mal auf der Lichtung von Geschimpfe und heftiger Kritik gestanden hätte. Jetzt war eben die CSU mal dran, und auch zu Recht. Jeder muss sich ab und an mal den Spiegel vorhalten lassen. Im Übrigen beschäftigt sich *liberal* mit der Frage des Bildes des politischen Liberalismus und seiner Wahrnehmung.

Nassehi: Sie haben als Liberale natürlich das Problem, dass der Liberalismus vielleicht diejenige Form ist, die ohnehin in der Gesellschaftsstruktur steckt. Es ist überall viel mehr Liberalismus drin als draufsteht. Wenn man unter Liberalismus strukturell verstehen möchte, dass es eben um eine intelligente Idee geht, darum, was Freiheit eigentlich bedeutet - vielleicht muss man darüber schon ein paar Sätze sagen. Der ungeübte Beobachter würde unter Freiheit ja eigentlich immer nur die Abwesenheit von Einschränkungen verstehen. Das Gegenteil ist natürlich der Fall. Ich habe das mal formuliert als eine Form von eingebetteter Freiheit. Wenn es so etwas wie eine Einbettung von Freiheitsmöglichkeiten in einen Rahmen nicht gibt, dann wird man nicht frei sein können. Das ist übrigens ein Gedanke, der bei Ralf Dahrendorf überall steht, zu sagen: Wir brauchen klare Regeln in der Gesellschaft. Diese Regeln sind es eigentlich, die den Einzelnen befähigen, überhaupt frei zu sein. Ich glaube, dass wir als westliche Gesellschaft das liberale Programm stärker durchgesetzt haben, als es auf den ersten Blick scheint. Wir hatten in den letzten eineinhalb Generationen Inklusionsschübe in der Gesellschaft, die zu einer Versöhnung führten mit kultureller Pluralität,



und damit meine ich jetzt nicht nur migrantisch-kultureller, sondern überhaupt pluralistischen Lebensformen, mit einer starken Pluralität in ästhetischen Fragen, eine Versöhnung mit dem Unternehmerischen sogar, und eine Versöhnung, könnte man auch sagen, mit einer Diskursfähigkeit in der politischen Öffentlichkeit. Das sind allesamt liberale Programme. Und ich glaube, dass es für den expliziten politischen Liberalismus ein großes Problem ist, die Frage zu beantworten: Was ist denn jetzt eigentlich unser genuiner Bereich, an dem wir die Dinge stark machen?

Gerhardt: Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Das, was Sie mit kultureller Haltung ausdrücken, ist mehr als ein politisches Programm. Es gibt eben einen Typ von Menschen, der sitzt vor einem weißen Blatt Papier und baut die Gesellschaft wie ein Werkstück um. Oder es gibt jemand, der hat eine Lebensart, der überzeugt durch seine Persönlichkeit, der adressiert das Publikum richtig und gibt dadurch Hinweise auf eine Kombination von Überzeugung und Persönlichkeitsstruktur, die für Menschen unglaublich attraktiv ist. Es ist ja nicht so, dass sich Liberale auf die ökonomische Seite beschränken würden. Aber komischerweise erwarten alle anderen, dass die ökonomische Seite funktioniert, damit sie ihre Versprechen, die sie in der Addition von Wohlfahrtsversprechen machen ohne Ende, eigentlich erfüllen können. Ich sehe das als unehrlich an. Ich beobachte in der Lebenswirklichkeit, dass es ein Milieu gibt, das eine große Breite im Willkommen von Migranten hat, aber sehr darauf achtet, dass es seine Kinder in Privatschulen schickt, Wohnquartiere genau aussucht, in denen es unter sich bleibt, und anderen gerne vorschreibt, wie sie zu leben hätten. Es gibt auch eine kulturelle Dimension, die unglaublich heuchelt.

Nassehi: Ich stimme in doppelter Weise zu. Einerseits im Hinblick auf die politischen Dinge, die Sie gerade gesagt haben, aber auch auf die strukturellen. Das ist für den Soziologen natürlich die entscheidende Frage: Welche Denkungsart braucht man eigentlich, um auf unser Hauptthema zu kommen, um mit der Komplexität der Welt umgehen zu können? Es ist in der Tat so: Der Autoritäre will ein weißes Blatt, es selber vollschreiben und stellt sich vor, die Freiheit sei durchgesetzt, wenn alle das tun, was am besten in dieses Gerüst passt, was er aufgeschrieben hat. Das ist übrigens von ganz links und von ganz rechts strukturell dasselbe. Nicht nur ähnlich, sondern dasselbe. Man möchte eine Welt nach dem eigenen Bilde haben. Eigentlich ist es eine göttliche Position. Die andere Position kann es sich

nicht so leicht machen. Sie sieht, dass das Blatt schon beschrieben ist. Der Soziologe Niklas Luhmann hat mal die wundervolle Formulierung geprägt: Wie stellt man sich eigentlich Freiheit in einer Welt vor, die schon da ist? Wie viel Ordnung braucht ein System? Wie viel Unordnung braucht es? Und zwar explizite Unordnung. Für Liberale sind Ordnungsfragen, aber auch Unordnungsfragen legitime Fragen. Nehmen wir doch ruhig das Ökonomische. Wenn man das Ökonomische vollständig ordnen würde, verschwände Dynamik. Wenn man es überhaupt nicht ordnet, verschwindet das, was die Ökonomie eigentlich tun soll, nämlich Knappheitsausgleich. Das können Sie auf alle anderen Funktionssysteme der Gesellschaft, wenn ich das so systemtheoretisch sagen darf, auch übertragen. Ich glaube schon, dass man dafür ein paar soziologische Regeln aufstellen kann. Eine der Regeln ist tatsächlich, sich klarzumachen, dass Freiheiten niemals Ungebundenheiten zu etwas anderem sind. Das kann man doch in politische Programme umsetzen. Der Liberalismus hat das doch tatsächlich gemacht, indem er zum Beispiel irgendwann die Frage gestellt hat: Muss man nicht so etwas wie Freiheitsversprechen oder, sagen wir mal, Freiheitserfahrungen, die moderne Gesellschaften gemacht haben, in Familien, im Bereich der Sexualität, im Bereich der Kindererziehung, im Bereich des Unternehmerischen, auch rechtlich festlegen und ermöglichen? Ich bin in den 70er-Jahren Jugendlicher gewesen. Mein liberaler Hero, muss ich gestehen, war, das sagen viele in meiner Generation, Gerhart Baum, der das Links-Liberale, diese Freiheitsgeschichte immer mit klaren Rechtsfiguren verbunden hat. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Was man dem politischen Liberalismus vorwirft – zum Teil sicherlich nicht ganz zu Unrecht, aber in dieser Pauschalität auf jeden Fall zu Unrecht –, ist, dass er dieses Modell im Ökonomischen vielleicht stärker beschrieben hat als das für andere Bereiche der Gesellschaft gilt, auf die es sich auch bezieht.

Gerhardt: Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist in über 50 Ländern der Welt engagiert. Eine ganz normale Bilanz dieser Arbeit lautet: Überall, wo im Namen von Freiheit und Gerechtigkeit Marktwirtschaften eingeschaltet worden sind, ist die persönliche Freiheit zugrunde gegangen. Das bringt mich zu einem anderen Punkt: Es gibt viele öffentliche Miterzieher. Es gibt schwächere Elternhäuser, es gibt schwachen und starken Unterricht von Lehrerpersönlichkeiten, und es gibt eine Medienlandschaft, die etwas informativer sein könnte und etwas weniger alarmistisch. Sie ist offen

gesagt auch oft gewaltig unterirdisch. Mir herrscht da auch zu wenig Fähigkeit, Komplexität zu beschreiben.

Nassehi: Ja. Aber das gehört natürlich auch zur Komplexität dieser Gesellschaft, dass die unterschiedlichen Funktionen jeweils unterschiedliche Probleme lösen müssen. Ich meine, für eine Zeitung ist es natürlich vielleicht spannender ...

Gerhardt: ... die Marktanteile zu vergrößern.

Nassehi: Genau. Und es geht auch nicht nur um die ökonomischen Marktanteile, sondern auch um Aufmerksamkeitsmarktanteile, und es geht um einfachere Geschichten, die man erzählen kann. Es geht um Skandalisierungen, die man erzählen kann, und es geht natürlich auch um Bilder, die gut funktionieren. Ich meine, das kann man den Medien gar nicht vorwerfen, das ist ihre Logik.

Gerhardt: Es werden aber nicht nur Geschichten erzählt. Leider wird immer wieder auf sehr leichte Weise Empörung hergestellt, die auf Kosten der Information geht.

Nassehi: Wir müssen bei Freiheiten immer darüber nachdenken, wie eigentlich die Selbsteinschränkungsmöglichkeiten sind. Worin würden wir eigentlich die bürgerliche Freiheit beschreiben? Bürgerliche Freiheit ist die, bei der wir nicht tun, was wir sollen, sondern wollen, was wir sollen. Das ist der große Unterschied. Wo wir sozusagen selbst in der Lage sind, uns einzuschränken, das Falsche nicht zu tun. Nehmen Sie das Ökonomische. Das Ökonomische funktioniert nicht, wenn sich jeder nur auf den schnellen, eigenen Vorteil bezieht. Für eine liberale Wirtschaftspolitik gehört es eben auch dazu zu sagen: Wo muss, wo kann ich Pathologien vermeiden, dass es sozusagen eine Freiheit gibt, die die Freiheit der anderen einschränkt. Der Philosoph Karl Homann hat im Hinblick auf Wirtschaftsregeln beschrieben: Die Menschen sind schwach. Wenn man sie zu sehr machen lässt, was sie wollen, dann wird es manchmal schwierig. Die Staaten sind manchmal stark. Wenn man sie zu sehr lässt, dann schränken sie die Freiheit ein. Die Kunst besteht darin, nur so viel zu regeln, dass es sich gewissermaßen für die Akteure, die da sind, nicht lohnt, aus diesen Regeln auszubrechen. Das ist eigentlich die Grundüberzeugung des Liberalen. Da haben Sie vielleicht ein Marketingproblem. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass Sie natürlich nicht diese, jetzt in Anführungsstrichen, „böse wirtschaftsliberale Partei“ sind, die sich für den Rest nicht interessiert. Das gilt weder für den Liberalismus noch für die FDP. Aber diese



Überall, wo im Namen von Freiheit und Gerechtigkeit Marktwirtschaften ausgeschaltet worden sind, ist die persönliche Freiheit zugrunde gegangen.

Freiheitsversprechen, die wir kennen, auch für die anderen Bereiche der Gesellschaft auf den Begriff zu bringen - das ist das, was in Ihrem Lastenheft stehen muss.

Gerhardt: Carlo Strenger hat darauf aufmerksam gemacht, dass seit Ende des Zweiten Weltkriegs mehrere Generationen aufgewachsen sind, die all das für gegeben halten, was erreicht worden ist, und einen eigenen Beitrag dazu kaum erbringen. Ein Leben in Freiheit ist aber ohne Eigenbeteiligung nicht möglich. Diesen Gedanken aufzugreifen ist für die Liberalen wichtig, weil er im Schulsystem, im Erziehungssystem, im Elternhaus, in der Gesellschaft eine bestimmte kulturelle Verantwortungsdimension hat, die man Menschen vermitteln muss. Und das haben wir vernachlässigt. Es gibt einen Lebenszusammenhang, den es auch zu beachten gilt. Und in dem Lebenszusammenhang muss man den Menschen vermitteln, dass es jenseits der engen parteipolitischen Programme, die im Grunde oft sklerotisch sind, eine größere Herausforderung jenseits von materiellen Anreizen gibt, um das Gemeinwesen frei zu halten.

Nassehi: Ja. Ich stimme Ihnen zu. Da wäre mir aber schon fast zu viel Intention drin. Man muss sich mal vorstellen, auf der einen Seite leben wir in starken lebensweltlichen Borniertheiten. Wir leben in einer Welt, die schon da ist, und wir kennen eigentlich nichts anderes. Wir treffen immer wieder auf Situationen, wo die Kategorien, mit denen wir umgehen, schwer funktionieren. Wir laufen alle mit starken Typisierungen durch die Welt, die sich durchaus bewähren. Und dann gibt es Herausforderungen, und man muss tatsächlich die Kategorien ändern. Das ist die Anerkennung von Komplexität. Nicht die Komplexität wegzureden und zu sagen: Wir machen die Regeln jetzt so wasserdicht, dass alles funktioniert. Sondern wir erkennen an, dass im evolutionären Zusammenhang einer Gesellschaft immer wieder Situationen entstehen, in denen sich die Regeln selbst verändern oder ein Veränderungsdruck entsteht. Wenn man es historisch betrachtet, dann ist der politische Liberalismus eigentlich so etwas wie eine nachholende Erklärung für die Komplexitätssteigerung der Gesellschaft. Eigentlich ist es eine gute Zeit für den Liberalismus, weil wir im Moment gerade erleben, dass sich bestimmte Regularien neu ordnen.

Gerhardt: Sie haben gesagt, für Liberale besteht eigentlich die Aufgabe, aus der Komplexität Ideen zu einem neuen Ordnungsaufbau zu entwickeln, der auch die nötigen Freiheiten lässt und kreative Lösungen

beinhaltet und ein Neu-Arrangement, so beschreiben Sie das, von Politik, Ökonomie, Wissenschaft, Familie, Religion, ohne Zentralperspektive.

Nassehi: So ist es. Ja.

Gerhardt: Dahrendorf hat die Frage gestellt an Joachim Fest: Was denn offene Gesellschaften den Menschen als Ausgleich für die trügerischen wie tröstlichen früheren Imaginationen bieten könnten, die den Verlust an diesseitigen Gewissheiten ausgleichen? Fest hat geantwortet: Der eigentliche Charme von freiheitlichen Gesellschaften besteht darin, dass sie sich bemühen, ein einigermaßen erträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen zu organisieren. Das eine, was Liberalismus machen könnte, ist das, was Sie beschrieben haben. Das andere ist aber auch ein kulturelles Gefühl, dass Menschen nicht Angst haben, dass sie nicht in Angstsituationen und Stresssituationen geraten.

Nassehi: Eine moderne Gesellschaft kann man ja nicht beschreiben, als sei sie aus einem Guss. Das wollen die Leute immer. Das ist sie aber nicht - Gott sei Dank. Das wäre das Schrecklichste. Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben versucht, das zu kompensieren, indem sie die gesamte Gesellschaft durchpolitisiert haben. Eine moderne Gesellschaft ist funktional differenziert. Wie bleibt man da eigentlich sprechfähig? Das ist übrigens etwas, was ich bei Dahrendorf immer mitlese. Wie bleiben die Eliten sprechfähig, die sozusagen aus den unterschiedlichen Bereichen kommen? Bei Dahrendorf gibt es die schöne Formulierung der Versäulung der Teileliten als eine besondere deutsche Form der Entwicklung. Die Teileliten sind bisweilen nicht sprechfähig mit den Eliten anderer Systeme.

Gerhardt: Ist die Loyalität gesichert genug, dass eine Zivilgesellschaft auch zu dem Land steht, wenn die Wachstumsraten mal schwächer werden? Hat sie diese eigene Verfassung?

Nassehi: Das ist genau das Problem. Dafür muss man auch Sicherungen einbauen, die durchaus etwas auch mit sozialen Sicherungen zu tun haben, die aber auch etwas damit zu tun haben, ob man versteht, was eigentlich diesen Laden hier zusammenhält. Es gibt viel mehr Zentripetalkräfte als Zentrifugalkräfte. Ich glaube, dass man das intellektuell verstehen muss. Sie haben vorhin gefragt, ob eigentlich, darauf habe ich gar keine Antwort gegeben, dem politischen Personal diese intellektuellen Fähigkeiten dazu fehlen. Ich würde mir nie anmaßen, zu sagen, dass das so sei. Ich würde es andersherum for-



mulieren. Ich würde sagen: Auch dort, wo über die Dinge wissenschaftlich reflektiert wird, also intellektuell reflektiert wird, fehlt das bisweilen. Der große, große, große Traum ist die Gesellschaft aus einem Guss. Zurzeit ist besonders beliebt die Gesellschaft, die moralisch aus einem Guss sein soll oder die regulatorisch aus einem Guss sein soll. Dagegen muss man vorgehen. Was braucht man dafür? Komplexitätstheorien - die immer davon ausgehen, dass es so etwas wie ein Zentrum unseres Systems nicht gibt. Das Dezentrale ist eigentlich das Tolle. Ich bin durchaus ein religiöser Mensch, aber man kann dem Christentum jetzt nicht vorwerfen, es sei dezentral organisiert. Und doch stellt man sich einen

Schöpfer vor, der seinen Geschöpfen eine Gebrochenheit mitgegeben hat, die so was wie Freiheit erst ermöglicht. Wenn die nicht gebrochen werden, werden sie nicht frei, weil sie immer das Richtige tun würden. Sie sind unter Scheiternsverdacht und geraten deshalb in die Notwendigkeit, sich in die Perspektiven von anderen zu versetzen. Das ist eigentlich eine spannende Form. Das heißt, man kann den Liberalismus sogar theologisch erklären. Das wäre doch mal ein Anfang. (*lacht*)

Gerhardt: Halleluja. Ob das den Liberalen klar ist, weiß ich nicht (*lacht*). Für unser Gespräch ist es ein guter Abschluss. Ich danke Ihnen!

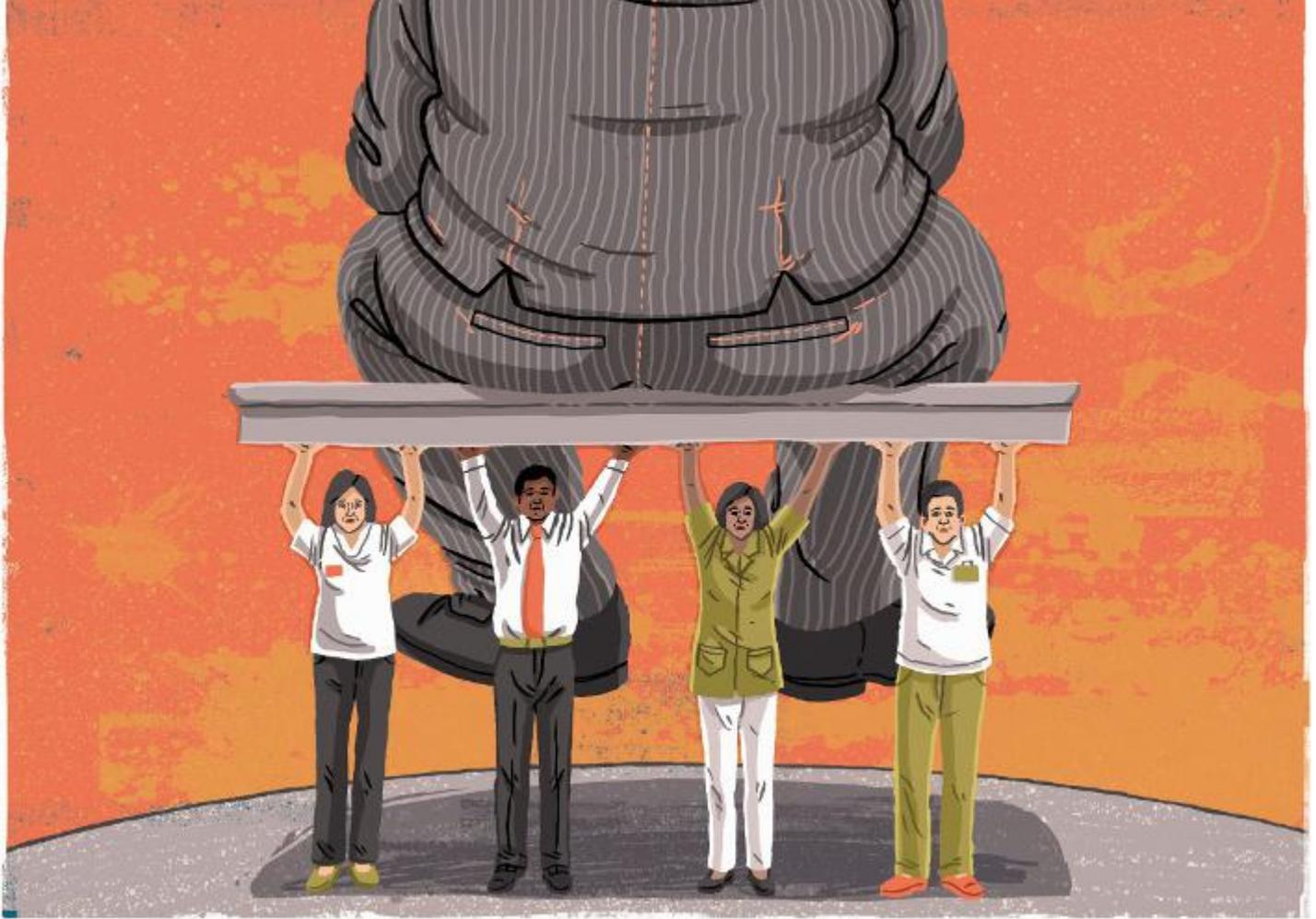
DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Die heutige Demokratie zeigt Krisenerscheinungen.
Dem lässt sich gezielt begegnen.

VON FRANK DECKER

Die Legitimität demokratischer Systeme speist sich aus zwei Quellen: der Zustimmung, die die Herrschaftsform im Allgemeinen und die Ausübung der Herrschaft im Speziellen vonseiten der Regierten erfährt, und der Regierungsfähigkeit. Auch wenn man in das modische Gerede von einem Niedergang oder gar Absterben nicht einstimmen mag, ist doch unverkennbar, dass die Demokratie heute in beiden Hinsichten unter Druck gerät. Auf der einen Seite begegnen die Bürger der Politik mit zunehmender Skepsis. Ihr Vertrauensverhältnis zu den Regierenden scheint nachhaltig gestört zu sein, was sich in der nachlassenden Organisationskraft der Parteien, rückläufiger Wahlbeteiligung und wachsender Unterstützung für rechts- und linkspopulisti-

sche Protestparteien ablesen lässt. Auf der anderen Seite wachsen die Zweifel, ob die demokratisch verfassten Gesellschaften der Herausforderung des aktuellen und künftigen Regierens überhaupt noch Herr werden können. Schuldenkrise, globaler Temperaturanstieg, demografischer Wandel und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sind nur einige der drängenden Probleme, die die heutigen Entscheidungsstrukturen zu überfordern drohen. Manche Pessimisten gehen inzwischen so weit, dass sie – unter Verweis auf Länder wie China oder Singapur – die quasi-natürliche Überlegenheit der Demokratie gegenüber nichtdemokratischen (autoritären) Herrschaftsformen infrage stellen.



Die Probleme lassen sich in vier Stichworten beschreiben:

SOUVERÄNITÄT. Die normative Leitidee des politischen Modells der Demokratie ist die Volkssouveränität. Institutionellen Ausdruck findet diese in den periodisch stattfindenden Wahlen, in denen die Bürger über das Regierungspersonal und die Grundrichtung der Politik entscheiden. Das „Souveränitätsproblem“ besteht darin, dass der politische Entscheidungsbereich, über den in Wahlen verfügt werden kann, tendenziell abnimmt. Hauptsächlich dafür ist die seit den 1990er-Jahren stark beschleunigte wirtschaftliche Globalisierung, die den im Kern immer noch nationalstaatlich verfassten Demokratien wichtige Entscheidungsfelder entzogen und dem Ausbau des Sozialstaates enge Grenzen gesetzt hat. Dabei sollte es doch gerade dessen Aufgabe sein, die potenziellen Verlierer des Marktgeschehens schützend zu begleiten (und darüber die Akzeptanz der Marktwirtschaft selbst zu sichern).

POLITISCHE GLEICHHEIT. In der Demokratie sollen Bürger über die gleichen Freiheitsrechte verfügen und von diesen Rechten in vergleichbarer Weise Gebrauch machen. Bezogen auf das Prinzip der Volkssouveränität gilt dies insbesondere für das Wahlrecht. Der gleiche Gebrauch der Rechte setzt aber voraus, dass die Menschen ihre Freiheit tatsächlich leben können. So wie die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts notwendig war, um durch den Abbau ungerechtfertigter Privilegien die Realbedingungen der Freiheit zu verbessern, so bleibt die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit und sozialer Teilhabe notwendig, um das politische Gleichheitsversprechen zu wahren. Wie sich an der wachsenden sozialen Selektivität des Wählerverhaltens ablesen lässt, geht diese Gleichung heute nicht mehr auf. Die Gesellschaft driftet sozialökonomisch und -kulturell auseinander mit der Folge, dass gerade die mar-

ginalisierten Bevölkerungsgruppen den Glauben verlieren, durch ihre Wahlteilnahme noch etwas bewirken zu können. Dem steht nicht entgegen, dass in anderen Bereichen – etwa bei der Geschlechtergleichheit oder beim Abbau der Diskriminierung von Homosexuellen – in den vergangenen Jahrzehnten bedeutende Gleichheitsgewinne zu verzeichnen waren. Aus diesem Grunde sollte man sich hüten, die 1960er- und 1970er-Jahre als vermeintlich „goldenes Zeitalter“ der Demokratien nostalgisch zu verklären. Als schwieriger und deutlich konfliktträchtiger erweist sich dagegen bis heute die Inklusion der nicht eingesessenen Bevölkerungsminderheiten und Zuwanderer. Sie ist in der Wechselwirkung mit den sozialen Verteilungsproblemen der Hauptgrund für die wachsende gesellschaftliche und parteipolitische Polarisierung, die sich vor allem am Aufstieg des Rechtspopulismus festmachen lässt. →



DIGITALISIERUNG. Die beschleunigte Globalisierung hat in der digitalen Revolution ihre technische Ursache. Deren Folgen sind aus demokratischer Sicht zweischneidig. Manche äußern die Hoffnung, dass durch das Netz mehr direkte Demokratie möglich sei und eine größere Entscheidungstransparenz einkehre. Tatsächlich nimmt die Ungleichheit in der Partizipation durch die neuen Kommunikationsformen aber eher zu, während sich auf der anderen Seite die Öffentlichkeit immer stärker fragmentiert. Besonders greifbar ist die Ambivalenz bei den sozialen Netzwerken. Diese erweitern zwar das Spektrum der vorhandenen Medien und haben damit eine potenziell beteiligungsfördernde Funktion. Gleichzeitig unterminieren sie jedoch die Prinzipien der Dialogbereitschaft und des gegenseitigen Respekts, auf denen die demokratische Öffentlichkeit und der politische Willensbildungsprozess beruhen.

Eine noch gravierendere Folge der Digitalisierung besteht in der Aushöhlung individueller Freiheitsrechte. Die neuen Techniken erleichtern es privaten, gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren, in bisher geschützte Bereiche der Geheimhaltung einzudringen und andere Bürger, Unternehmen, Organisationen und Staaten unbemerkt auszuspähen. Dass die Betroffenen dies relativ unbekümmert hinnehmen, hängt zum einen mit den übergeordneten Sicherheitsinteressen zusammen, die zur Rechtfertigung der Maßnahmen angeführt werden - insbesondere dem Schutz vor terroristischen Bedrohungen. Andererseits haben sich die Bürger als Konsumenten längst daran gewöhnt, ihre persönlichen Daten privaten Akteuren freiwillig zu überlassen. Der Druck auf die staatlichen Akteure, hier regulierend einzugreifen, bleibt deshalb gering, zumal der Staat von der theoretischen Zugriffsmöglichkeit auf die privat gesammelten Daten selbst profitiert.

ZUKUNFTSVERANTWORTUNG. Ein notorisches Problem der Demokratie liegt in der Bevorzugung von gegenwärtigen gegenüber künftigen Interessen. Wo das Stimmrecht bei den Lebenden liegt, geraten die Belange der späteren, noch nicht geborenen Generationen systematisch aus dem Blick. Die Brisanz dieses Problems lässt sich heute vor allem an zwei Bereichen festmachen: der überbordenden privaten und öffentlichen Verschuldung, die die Krisenanfälligkeit einzelner Volkswirtschaften erhöht und gleichzeitig - durch die Abhängigkeit der nationalen Politik von den globalen Finanzmärkten - das Souveränitätsproblem verstärkt, und den ökologischen Gefährdungen im Zuge der Erderwärmung.

Die politischen Systeme haben auf diese Herausforderungen durch eine Anpassung ihrer Entscheidungsstrukturen durchaus reagiert. Dies gilt vor allem mit Blick auf das Souveränitätsproblem. Die Verlagerung von Entscheidungszuständigkeiten auf die europäische und transnationale Ebene birgt freilich das Problem, dass sie die Entscheidungsprozesse der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit noch weiter entzieht, die die Bürger aus der nationalstaatlichen Sphäre gewohnt sind und tendenziell wahren wollen. Auch im nationalen Rahmen gewinnen Behörden, Verfassungsgerichte und spezialisierte Gremien, in denen Fachleute und Interessenvertreter weitgehend unter sich bleiben, gegenüber den gewählten Vertretern - Parteien und Parlamenten - an Bedeutung und genießen eine höhere Wertschätzung. In der gesellschaftlichen Sphäre sehen sich die etablierten Parteien wiederum zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass die Partizipation an Entscheidungsfindungen vermehrt in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen stattfindet, die Bürger also andere Formen und Kanäle der Einflussnahme vorziehen.

Wenn diese Diagnose stimmt, dann lassen sich daraus folgende Anforderungen und Handlungsempfehlungen für eine Zurückgewinnung demokratischer Legitimität ableiten:

- 1.** Die Repräsentationsbasis von Parteien und Parlamenten muss im Sinne einer gemeinwohlbasierten, an den Interessen der gesamten Bevölkerung orientierten und zukunftsgerichteten Entscheidungsverantwortung verbreitert werden. Dazu sind an vielen Stellen des politischen Systems institutionelle Reformen nötig.
- 2.** Um den sozialen und kulturellen Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft zu erhöhen, bedarf es einer Erneuerung des Sozialstaates, die sich stärker als bisher an den Prinzipien der Chancengerechtigkeit orientiert und der Bildungspolitik mehr Priorität einräumt, sowie einer „realistischen“, die Grenzen der Aufnahmefähigkeit berücksichtigenden Zuwanderungs- und Integrationspolitik.
- 3.** Weil die Regierungsfähigkeit im nationalen Rahmen allein nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien auch auf der europäischen und - soweit möglich - transnationalen Ebene Einzug halten. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die demokratischen Errungenschaften auf nationaler Ebene durch die Kompetenzübertragungen nicht unterminiert werden.
- 4.** Demokratiebeschützende Prinzipien wie Meinungspluralismus, Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz, die von den Rechtspopulisten unter Berufung auf den angeblichen Volkswillen negiert werden, gilt es entschieden zu verteidigen. Dabei müssen auch neue Herausforderungen angegangen werden, wie sie sich etwa durch den Missbrauch der Meinungsfreiheit im Netz ergeben.



Diese vier Punkte markieren normative Leitplanken, die durch einen demokratischen Ideenwettbewerb ausgefüllt werden müssen. Der Beitrag des politischen Liberalismus dürfte dabei vor allem im zweiten Punkt, der Herstellung von Chancengerechtigkeit, sowie im vierten Punkt, der Sicherung der Freiheitsrechte, gefordert sein. In beiden Bereichen bedürfte es der Hinwendung zu einem stärker sozial- beziehungsweise bürgerrechtsliberalen Konzept, das an frühere Ansätze anknüpfen könnte, anstelle des heute dominierenden Marktliberalismus. Dieses müsste dann in Konkurrenz und Abgrenzung zu anderen Ideen vertreten werden - etwa denen der Grünen -, die sich liberal geben oder es tatsächlich sind. Die hier betrachteten Krisenerscheinungen der Demokratie, die in erheblichem Maße auf die Entfesselung des Marktgeschehens zurückgehen, haben den Liberalismus auch selbstverschuldet in die Defensive gebracht. Aus dieser wird er nur durch eine Überprüfung und Revision bisheriger Positionen wieder herausfinden.



FRANK DECKER ist Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Zu seinen prominentesten Absolventen gehört der FDP-Vorsitzende Christian Lindner. In seiner Forschung beschäftigt sich Decker mit der Herausforderung der europäischen Demokratien durch den Rechtspopulismus.

redaktion@libmag.de

„WIR MÜSSEN VIELFALT NOTFALLS AUCH VERTEIDIGEN“

INTERVIEW VON FLORIAN FLICKE

Mit **Henriette Reker** lenkt zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Köln eine Frau als Oberbürgermeisterin die Geschicke der viertgrößten Stadt der Bundesrepublik. Unterstützt wurde ihre Kandidatur unter anderem von der Kölner CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP und den im Rat vertretenen Gruppierungen Deine Freunde und Freie Wähler Köln. Zuvor hatte die Juristin bereits fünf Jahre als Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln gearbeitet.



Henriette Reker gibt offen zu, dass die Stadt Köln längst nicht mehr all ihre Bürgerinnen und Bürger erreicht. Wie sie die soziale Segregation verringern, neu ankommenden Flüchtlingen eine echte Perspektive und die Stadtgesellschaft in Deutschlands viertgrößter Metropole insgesamt stärken will, berichtet Kölns Oberbürgermeisterin im Interview.

Im Sommer 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingszahlen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel den heute berühmt-berüchtigten Satz „Wir schaffen das!“ Doch die Integration ist vor allem eine Aufgabe

für die Städte und Kommunen. Wie bewältigen Sie als Oberbürgermeisterin der viertgrößten deutschen Stadt die zahlreichen Aufgaben bei der Integration?

Die Migrations- und Integrationsarbeit ist und bleibt dynamisch, wenn sie sich an den Bedarfen der einzelnen Menschen und an denen einer Stadtgesellschaft orientiert. Und das sollte sie. Köln ist seit jeher eine von Einwanderung und somit auch von Eingewanderten geprägte Stadt. Mittlerweile hat bereits jeder dritte Einwohner in Köln einen Migrationshintergrund. Menschen, die hier schon lange leben und die die Bildungssysteme durchlaufen haben oder diese ausreichend nutzen konnten, brauchen keine Spezialangebote. Sie haben einen Anspruch auf interkulturell geöffnete Systeme und Organisationen, damit sie ihre Fähigkeiten voll einbringen und entfalten können.

Komplette Systemneulinge sind dagegen alle Flüchtlinge. Scheinbar gibt es bei deren Integration auch in Köln großen Handlungsbedarf. Im Mai 2018 hatte bereits mehr als jeder zehnte Leistungsberechtigte bei den Jobcentern der Stadt einen Fluchthintergrund ...

Richtig, neu eingewanderte Kölnerinnen und Kölner benötigen in der Regel einen besonderen Zugang zur Teilhabe. Insbesondere die Bereiche „Bildung“ und „Arbeitsmarkt“ müssen sich auf die Bedarfe von Zuwanderinnen und Zuwanderern einstellen. Nur so können wir das Gelingen der Integration sicherstellen. Die Zahl der ankommenden Asylsuchenden ist derzeit rückläufig. Jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass eine seriöse Aussage zur weiteren Entwicklung nur schwer zu treffen ist. Zudem leben in Köln bereits viele Menschen, die aus anderen Gründen nach Deutschland migriert sind und sich durch unterschiedliche Sozialisationserfahrungen und berufliche Perspektiven auszeichnen. Diesen Herausforderungen müssen wir als Stadtgesellschaft in vielerlei Hinsicht begegnen.

Und wie wollen Sie das bewerkstelligen?

Die soziale, politische, kulturelle und berufliche Integration der zugewanderten Menschen erfordert eine zeitlich angemessene und individuelle Betrachtung, um Spracherwerb und kulturelle Anpassung erfolgreich zu gestalten, den Fachkräftebedarfen des Arbeitsmarkts zu begegnen und ein gemeinsames Demokratieverständnis zu erzeugen. Insgesamt geht es mir um einen „Common Sense“ in einer vielfältigen Gesellschaft. Trotz aller bisherigen Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft ist es noch nicht ausreichend gelungen, allen Gruppen unserer vielfältigen städtischen Gesellschaft die soziale, politische, kulturelle und berufliche Teilhabe zu ermöglichen und chancengleiche Zugänge zu Bildung zu eröffnen. Die negativen Auswirkungen einer nicht gelingenden Integration sind nicht nur individueller Art, sondern stellen die Gesellschaft insgesamt vor Herausforderungen. Die Themen Einwanderung und Vielfalt müssen stärker zielgerichtet in das Verwaltungshandeln und in die Stadtgesellschaft Einzug finden. Integration muss in Köln einfacher, wirksamer und nachhaltiger, Vielfalt noch selbstverständlicher werden, und daher rückt sie zunehmend in den Fokus des Verwaltungshandelns.

Geht es konkreter?

Ich habe entschieden, ein neues Amt für Integration und Vielfalt einzurichten, in dem die relevanten Fachaufgaben der Verwaltung gebündelt werden. Das Amt soll noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen. Damit positioniert sich Köln entschieden für Toleranz und gleichberechtigte Teilhabe aller innerhalb der Stadt Köln lebenden Menschen. Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger, die in Köln ansässigen Institutionen, Unternehmen und auch die vielen Gäste gerade diese vielfältige Stadtgesellschaft schätzen.

Angesichts des Streits um den Besuch des türkischen Präsidenten Erdogan in der DITIB-Zentralmoschee in Köln Mitte September lässt sich an dieser von Ihnen propagierten Einheit zweifeln.

Wir müssen Vielfalt notfalls auch verteidigen. Starke Menschen sind der große Trumpf einer Stadt und die beste Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Dies fördern wir unter anderem durch eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung, die allen Menschen einen Zugang zu Mitbestimmung ermöglichen muss. →

Worin genau zeigen sich heute in einer Großstadt wie Köln die sozialen Grenzen?

Soziale Grenzen zeigen sich zum Beispiel an der hohen Zahl von Menschen in schwierigen Lebenslagen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind. Jede oder jeder sechste in Köln Lebende nimmt im Laufe eines Jahres eine der gesetzlichen Sozialhilfeleistungen in Anspruch. Soziale Grenzen zeigen sich bei Altersarmut, also auch bei Menschen, die zwar keine Sozialleistungen, dafür aber nur geringe Renten beziehen. Soziale Grenzen zeigen sich auch bei mangelnder Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport. Um hier besonders in einer frühen Lebensphase anzusetzen, um keine für immer zementierten Grenzen entstehen zu lassen, ist es mir ein besonderes Anliegen, das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket wirksam für die Kölner Familien umzusetzen. Damit fördert und unterstützt die Stadt Köln mit Bundesmitteln Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren aus Familien mit geringem Einkommen, um in der Kita, Schule und in der Freizeit mitmachen und teilnehmen zu können. Ein weiteres Instrument ist der „Köln-Pass“ für Menschen mit niedrigem Einkommen, auch für diejenigen, die keine Sozialleistungen im herkömmlichen Sinne beziehen. Damit können die Nutzerinnen und Nutzer vergünstigt sportliche und kulturelle Angebote, aber vor allem auch preiswerter die öffentlichen Verkehrsmittel im Nahverkehr nutzen. Teilhabechancen zu eröffnen ist für mich die entscheidende Stellschraube. Die Möglichkeiten, die gerade eine Großstadt wie Köln hat, müssen möglichst vielen Menschen zugänglich sein, das gilt für alle Generationen, für Menschen aller Kulturen und Religionen und für alle Geschlechter.

Aber gerade in Großstädten gibt es eine hohe Zahl von gesellschaftlich „Abgehängten“, die Sie allein mit günstigeren Nahverkehrstickets nicht anbinden können.

Ich muss konstatieren, dass wir nicht alle Menschen erreichen. Dies gilt zum Beispiel auch für den Bereich der politischen Partizipation. Eine zunehmende Anzahl der Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Migrationsbiografien fühlen sich „abgehängt“, nicht nur in Köln. Dieses Problem ist bundesweit zu beobachten. Die Menschen fühlen sich durch die politischen Repräsentanten eben nicht mehr repräsentiert und kapseln

sich ab. Wir wissen, dass die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit geringen Einkommen wesentlich geringer ist als in den einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen. Wir wissen, dass das bürgerschaftliche Engagement, die Partizipation in den Veedeln - den Kölner Bezirken - und Stadtteilen in der Regel eher von einer bürgerlichen, gut situierten Schicht getragen wird. Mein Wunsch ist, dass sich auch Menschen für ihre Nachbarschaft oder ihr Wohnumfeld engagieren, die nicht zu dieser Gruppe gehören. Mit gezielten Projekten kann dies aber gelingen. Beispiele dafür sind lokale Aktionen wie „Hallo Nachbar, danke schön“ in Köln-Mülheim oder „Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen“. Da müssen wir ansetzen und noch mehr solcher Teilhabe- und Aktivierungsangebote schaffen. Ein ganz wichtiger Ansatzpunkt in den Vierteln sind für mich auch die Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Diese Orte der Begegnung, Kultur und Integration bieten soziale, pädagogische und kulturelle Leistungen an, die jährlich von mehr als 1,3 Millionen Menschen in Köln genutzt werden. Angesichts der wachsenden Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger fördert die Stadt Köln aktuell zudem 45 Seniorenetzwerke zur Unterstützung der Teilhabe von Senioren in den Stadtteilen.

Wie viel soziale Segregation ist aus Ihrer Sicht akzeptabel, und wann wird es problematisch?

Soziale Segregation ist grundsätzlich nicht akzeptabel, wird aber in einer Großstadt wie Köln nie ganz zu vermeiden sein. Diese begründet sich zu einem hohen Anteil auf Umständen und Einflüssen wie zum Beispiel dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Es gibt keine akzeptable Grenze. Die Stadtverwaltung, aber auch die Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften, private Investoren müssen dem mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken.

Stichwort Wohnungsmarkt, was haben Sie hier vor?

Bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind die Möglichkeiten der Stadtverwaltung im Rahmen einer Wohnraumförderung begrenzt, da sie zur Schaffung neuer Wohnungen primär öffentliche Mittel zur Verfügung stellt, selbst aber nicht unmittelbar baut. Dennoch unternimmt die Stadt Köln erhebliche Anstrengungen, um der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Mit der angestoßenen Verwaltungsreform



Ein Plakat am Tatort in Köln: Die Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker ist einen Tag vor der Wahl bei einer Messerattacke in Köln schwer verletzt worden. Der Angriff auf die parteilose Bewerberin ereignete sich bei einem Wahlkampftermin.



Mahnender Jahreswechsel: Die Silvesternacht 2015/2016 in Köln ist weltweit zum Synonym für einen fehlgelaufenen und fehlgeleiteten Polizeieinsatz geworden – und zum Paradebeispiel einer missglückten Integration. Mehr als 1.000 Strafanzeigen, davon fast jede zweite wegen Sexualdelikten, hat es aus Anlass der Übergriffe dieser Nacht gegeben.



Und wie wollen Sie verhindern, dass diese neuen Wohnviertel zu den sozialen Brennpunkten der Zukunft werden? Warnende Beispiele aus den Großbauprojekten gerade der Siebzigerjahre gibt es zuhauf.

Ein weiterer neuer Baustein, der sozialer Segregation in den Stadtteilen entgegenwirken soll, ist das Konzept der integrativen Belegung in Neubauobjekten: Die Wohnungen werden zu je einem Drittel an Wohnungssuchende mit Wohnberechtigungsschein aus dem umgebenden Stadtteil vermittelt, an dringend Wohnungssuchende mit Zugangsbeschränkungen zum Wohnungsmarkt sowie an obdachlose Kölner Bürgerinnen und Bürger und geflüchtete Menschen mit Aufenthaltsstatus, die bisher in Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen lebten. Diese gesteuerte Belegung dient der zielgerichteten Entwicklung einer sich gegenseitig stabilisierenden Mieterschaft. Die Stadtverwaltung ist zudem gefragt, eine weitere Konzentration von Armut in belasteten Wohngebieten zu vermeiden. Dies kann nur über die Leitidee einer Integration von verschiedenen Lebenslagen in gewachsenen Quartieren gelingen. Ein Beispiel hierfür ist der Belegrechtsvertrag mit der GAG Immobilien AG, deren Hauptaktionär die Stadt Köln ist: Haushalte, die von Wohnungsnot betroffen sind, können in GAG-Siedlungen untergebracht werden, und gleichzeitig wird sozialarbeiterisch flankiert die Quartiersentwicklung als Zielsetzung verfolgt. Ein wichtiger Baustein, um in sozial schwachen Räumen die Lebensbedingungen der Kölner zu verbessern, ist das Programm „Lebenswerte Veedel“. Dazu wurden in elf Sozialraumgebieten Koordinationsstellen eingerichtet. Die dort tätigen Sozialraumkoordinatoren greifen aktuelle Themen auf, prüfen, welche Angebote im Sozialraumgebiet bereits bestehen, und ermitteln, ob weitere Maßnahmen erforderlich sind. Dazu stellen sie gezielt Kontakte zwischen den Beteiligten her und unterstützen bei der Entwicklung von Projekten.

sollen unter anderem Vorgänge beschleunigt werden, insbesondere die Baugenehmigungsverfahren. Wir brauchen aber auch private Investoren, die bereit sind, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren - auch wenn die Renditen hier geringer sind als auf dem freien Wohnungs- oder Immobilienmarkt. Eine Wohnraumversorgung ohne die aktive Beteiligung von Investoren und Bauherren kann den notwendigen Bedarf nicht decken. Aus diesem Grund wurde Ende 2017 das „Kölner Wohnbündnis“ geschaffen. In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Wohnungswirtschaft und der Stadt Köln wird eine schrittweise Steigerung der jährlichen Bauleistung auf bis zu 6.000 Wohnungen angestrebt.

Fotos: picture alliance/dpa/Geisler-Fotopress



Der Gesetzgeber muss endlich die Einkommensteuern kräftig senken und natürlich den Solidaritätszuschlag als Sondersteuer abschaffen.

VERGESSEN UND VERLASSEN

Die Mitte unserer Gesellschaft verliert an Substanz.
Dies gefährdet die soziale Marktwirtschaft.
Wir brauchen eine neue Ordnungspolitik: Ludwig Erhard 4.0.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

In Deutschland herrscht annähernd Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote ist niedriger als in allen anderen größeren Nationen Europas. Rund 95 Prozent aller Menschen, die arbeiten wollen, haben auch Arbeit gefunden. Fachkräfte werden inzwischen fast überall händelnd gesucht, und auch Aushilfskräfte werden knapp. Die Wirtschaft wächst, die öffentlichen Finanzen sind geordnet - nach Jahren des warmen Steuerregens.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Politik der Großen Koalitionen unter Angela Merkel seit 2013 vor allem um die Randgruppen unserer Gesellschaft kümmert - um jene, die noch immer keine Arbeit finden und jene, die im Zuge der Flüchtlingswellen in Deutschland neu angekommen sind und integriert werden müssen. Dabei ist die breite Mitte der Gesellschaft aus dem Blickfeld geraten - bildlich gesprochen: jene fast 45 Millionen Erwerbstätigen, von denen die meisten morgens zeitig zur Arbeit gehen und abends müde nach Hause kommen.

Es ist diese breite Mittelschicht, die unseren Staat finanziert, unsere Kinder erzieht, sich um die ältere Generation kümmert und für die eigene Zukunft vorsorgt. Es sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft: Chemielaboranten und Grundschullehrer, Handwerker und Köche, Kraftfahrer und Krankenpfleger, Ingenieure und Pförtner, Polizisten und Reinigungskräfte, etc. etc. - alle lie-

fern ganz selbstverständlich ihren Beitrag zur volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und Wertschöpfung, ob Frauen oder Männer, abhängig Beschäftigte oder selbstständige Kleinunternehmer, gut oder schlecht bezahlt, gesund oder krank. Sie tun es bisher ohne Murren und hinterlassen in den Medien kaum Schlagzeilen. Vielleicht deshalb werden sie von der Politik weniger wahrgenommen als die Menschen an den scharfen Bruchstellen und Rändern unserer Gesellschaft.

Lange Zeit ist dies gut gegangen. Der Grund: Die breite Mittelschicht hatte teil am Fortschritt der Gesellschaft, vor allem in Form steigender Löhne und Gehälter sowie Vermögenszuwächse, die zur Leistung motivierten. Seit der Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich die Lage allerdings Schritt für Schritt geändert, und zwar zum Schlechteren.

Es sind fünf große Trends, die man dafür verantwortlich machen kann. Erstens hat der Staat trotz massiv steigender Steuereinnahmen auf Steuersenkungen verzichtet - und dies, obwohl seine eigenen Zinsbelastungen in den öffentlichen Haushalten wegen der für ihn günstigen Entwicklung an den Kapitalmärkten drastisch zurückgingen. Er allein hat dabei seine Bilanz verbessert: Seine Einnahmen stiegen von 2005 bis heute um fast 300 Milliarden Euro, also um mehr als 60 Prozent, während sich die Bruttolöhne und Gehälter in dieser Zeit nur um rund ein Viertel erhöhten.



Der Gesetzgeber muss die steuerliche und regulative Behandlung von Anlagemöglichkeiten an den Kapitalmärkten komplett reformieren.

Die Balance zwischen Bürger und Staat ist durch die kalte Progression des Steuersystems in eine groteske Schieflage geraten, und die Große Koalition hat nichts von Gewicht getan, um dies zu korrigieren. Denn der Staat sucht und findet immer neue Aufgabenfelder, um mehr Geld auszugeben - vor allem für den ökologischen Umbau der Gesellschaft und zur Finanzierung von neuen sozialen Bedarfen. Die arbeitende Mittelschicht fühlt sich dabei - nicht zu Unrecht - übergangen.

Dabei hat diese Mittelschicht zunehmende Belastungen zu tragen, der zweite ungünstige Trend: Wegen der demografisch bedingten Alterung unserer Gesellschaft werden die Beiträge zur Altersvorsorge steigen müssen - und zwar selbst dann, wenn sich die Lebensarbeitszeit weiter verlängert und aus dem Bundeshaushalt die Rentenkassen weiterhin kräftig quersubventioniert werden, was fragwürdig genug ist. Dies sorgt neben der kalten Progression des Steuersystems für eine besonders hohe Belastung der Mitte der Gesellschaft, wie eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2017 gezeigt hat¹. Danach ist es die große Masse der Bezieher von jährlichen Haushaltseinkommen zwischen 30.000 und 80.000 Euro, deren kombinierte Steuer- und Abgabenlast am höchsten ausfällt - und dies vor allem wegen der steigenden Sozialabgaben zur Altersvorsorge. Wahrlich keine guten Aussichten.

Sie werden noch weiter verdunkelt durch die Entwicklung der Zinsen, den dritten ungünstigen Trend: Alle volkswirtschaftlichen Anzeichen deuten darauf hin, dass die Realzinsen für sichere Anlagen auf Dauer niedrig bleiben werden. Für eine gewisse Zeit konnte man dies als ein hausgemachtes Problem der Zentralbanken deuten, die durch eine ultralaxe Geldpolitik im Nachgang zur Weltfinanzkrise ab 2008 und der europäischen Schuldenkrisen ab 2011 alles taten, um die Märkte vor einer Depression zu bewahren. Zwischenzeitlich dürfte aber klar sein, dass langfristige realwirtschaftliche Veränderungen die Kapitalmärkte erreicht haben: auf der Nachfrageseite eine technologische Entwicklung, die weit weniger Investitionen als früher in große, teure industrielle Anlagen erfordert, also eher Kapital spart, und auf

der Seite des Kapitalangebots eine (fast) globale Alterung der Bevölkerung, die eine hohe Sparbereitschaft mit sich bringt. So erreichen die Realzinsen für sichere Anlagen dauerhafte Rekordtiefstände, und dies wird so bleiben. Die Möglichkeiten für den Mittelstand, durch eigenes Sparen auf Basis derart niedriger Zinsen für das Alter vorzusorgen, sind eng begrenzt.

Leider wird auch die Vermögensbildung und Alterssicherung durch Bau und Kauf von Eigenheimen schwieriger - ein vierter Trend zulasten des breiten Mittelstands, bisher kaum beachtet. Die Gründe liegen im zunehmenden Gefälle der Immobilienpreise zwischen urbanen und ländlichen Regionen. Offenbar entstehen in der Wirtschaft der Zukunft Wertschöpfung und Arbeitsplätze eher in den Metropolen und weniger in der entlegenen Provinz, die traditionell stärker von Auslagerungen der verarbeitenden Industrien profitierten. Die Konsequenz ist ein zunehmendes Gefälle der Immobilienpreise zwischen Stadt und Land. Dies macht es dem breiten Mittelstand immer schwerer, Immobilien dort zu erwerben, wo die Arbeit entsteht; und es sorgt für Eigenheimbesitzer in strukturschwachen Regionen für abschreckende Vermögensverluste, die das Gefühl der Verödung der Heimat noch verstärken.

Der fünfte Trend betrifft den gewerblichen Mittelstand, traditionell der Stolz der deutschen Wirtschaft: die hoch innovativen Familienunternehmen. Sie stehen vor zwei neuen gewaltigen Herausforderungen: einer extremen Knappheit an Fachkräften, wie es sie hierzulande seit den Sechzigerjahren nicht gegeben hat, und einer Welle von Unternehmensübergängen zwischen Generationen. Beides kann für viele kleine und mittlere Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationskraft und im Extremfall gar die Existenz gefährden. Dies gilt für eine enorme Bandbreite von bisher erfolgreichen Unternehmen - vom modernen Handwerksbetrieb bis hin zu global agierenden Anbietern hochtechnologischer Produkte.

Fazit: Die hart arbeitende Mittelschicht unserer Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Und wenn der Staat keine Rahmenbedingungen schafft, um diese zu bewältigen, wird sich politische Frustration verbreiten. Die jüngsten

1 Laut der Studie „Steuer- und Abgabenlast in Deutschland“ (März 2017) des RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Der Gesetzgeber muss den Erwerb von Immobilienvermögen erleichtern und auch steuerlich besserstellen, als dies bisher der Fall ist.

Wahlergebnisse sind dafür ein Vorbote: Der Protest der Mittelschicht äußert sich darin, dass die verantwortlichen Parteien der Großen Koalition abgestraft werden und die Wähler zu den populistischen Rändern abwandern. Wer sich nicht mehr in seinen Interessen berücksichtigt findet, der sucht nach einfachen Antworten – und glaubt, sie vor allem bei der politischen Rechten zu finden.

Klar ist allerdings: Kein Trend ist gottgegeben, jedenfalls nicht in seinen Folgen. Politische Gestaltung ist möglich, zumindest in einem realistischen Rahmen: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und der ist für Deutschland noch nicht einmal besonders kompliziert, jedenfalls konzeptionell. Auf die Kernpunkte reduziert, besteht er aus fünf einfachen Forderungen:

- I. Der Gesetzgeber muss endlich die Einkommensteuern kräftig senken und natürlich den Solidaritätszuschlag als Sondersteuer abschaffen. Es gilt, nicht nur eine gerechte Balance zwischen Bürger und Staat wiederherzustellen, sondern auch, der breiten, arbeitenden Mittelschicht jenen finanziellen Spielraum zu verschaffen, den sie braucht, um in eigener Verantwortung die Herausforderungen der alternden Gesellschaft zu bewältigen. Gleiches gilt für Unternehmen: Frankreich und die USA haben mit Steuersenkungen den Standortwettbewerb eröffnet. Deutschland muss nachziehen.
- II. Der Gesetzgeber muss das Rentensystem reformieren. Es gilt, den Beginn des Altersruhestands flexibel zu machen und Mehrarbeit in allen Altersstufen durch zusätzliche Rentenansprüche zu belohnen. Ein Stück weit ließe sich so der Generationenvertrag erneuern und das Rentensystem stabilisieren. Dies ist allerdings das genaue Gegenteil jener politischen Philosophie, die den vielerorts zu hörenden Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zugrunde liegt. Es geht um Motivation der Arbeit, nicht um Stillstellen.
- III. Der Gesetzgeber muss die steuerliche und regulative Behandlung von Anlagemöglichkeiten an den Kapitalmärkten komplett reformieren. Es gilt, auch für die breite Mittelschicht Möglichkeiten zu schaffen, sich über

professionell verwaltete Fonds und Lebensversicherungen stärker an den Unternehmensgewinnen zu beteiligen und damit langfristig Renditen zu erzielen, die weit über jene hinausgehen, die „sichere“ Staatsanlagen bieten. Dies täte auch dem Markt für innovatives Risikokapital gut, zur Stärkung des gewerblichen Mittelstands.

IV. Der Gesetzgeber muss den Erwerb von Immobilienvermögen erleichtern und auch steuerlich besserstellen, als dies bisher der Fall ist – etwa durch großzügige Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer. Das Eigentum an selbst genutzten, wertstabilen Immobilien ist die wichtigste Säule einer Alterssicherung durch Vermögensbildung. Allerdings muss sie einhergehen mit einer Politik, die den Wohnungsbau in teuren Ballungsräumen beflügelt und nicht wie die Mietpreisbremse systematisch behindert. Bezahlbarer Wohnraum und Alterssicherung gehören zusammen.

V. Der Gesetzgeber muss für den gewerblichen Mittelstand Rahmenbedingungen schaffen, die ihm in Zeiten der demografisch bedingten Knappheit von Fachkräften und vermehrten Unternehmensnachfolgen erlauben, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu zählt ein Einwanderungsgesetz, das den geregelten Zuzug von Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland erlaubt und befördert; und eine Erbschaftsteuerreform, die Familienunternehmen stärkt und nicht schwächt.

All dies addiert sich zu einer neuen Ordnungspolitik: kein Zauberwerk, ganz einfach Ludwig Erhard 4.0 – für das 21. Jahrhundert. ●



PROFESSOR KARL-HEINZ PAQUÉ (62) ist Volkswirt und Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Für ihn gilt politisch und wirtschaftlich: Die Mitte der Gesellschaft muss zurück in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Nur so können wir den Populismus zurückdrängen.

@ redaktion@libmag.de

CODING

KANN JEDES

KIND



Fotos: A. Scheibert/S. Vollmeyer/HABA Digital GmbH; Getty Images Europe

Nicht nur vor dem Rechner hängen, sondern anfassen und ausprobieren: In der Haba Digitalwerkstatt werden Grundschüler ans Programmieren herangeführt. Ein Workshop-Vormittag.

VON STEFAN KREITWOLF



Na los, komm schon, wir wollen doch zusammen gehen“, sagt Max. Der blonde Achtjährige starrt auf ein iPad, auf dem sein Freund Malte fleißig Zahlen eintippt. Prompt setzt sich ein grünes Männchen auf einer kindlich gemalten Karte in Bewegung.

Als die Figur das Ziel, die Schule, erreicht, wartet dort bereits ein rotes Männchen. Als die beiden Figuren sich treffen, springen die Jungen auf und klatschen in die Hände: „Geschafft!“ Die Karte ist ihr Schulweg, die Männchen sie selbst. Gemalt haben es die beiden gemeinsam. Und danach mit dem iPad abfotografiert.

Max und Malte sind nicht allein: Dreizehn Mädchen und Jungen, alle im Alter von acht und neun Jahren, wischen in der Haba Digitalwerkstatt in München über bunte iPads und versuchen, ihre Figuren ins Ziel zu bringen. „Probiert euch ruhig aus, hier könnt ihr nichts kaputtmachen“, sagt Evelyn Kovacs. Sie ist Digitaltrainerin, die Kinder die zweite Klasse einer städtischen Grundschule. Gemeinsam probieren sie die Grundlagen des Programmierens in einem Workshop aus.

Nicht nur vor dem Rechner hängen, sondern anfassen und ausprobieren - das sei das Konzept der Digitalwerkstatt des Spielzeugherstellers Haba, erläutert →



Foto: GXYZ

„Hier lernen Kinder ab sechs Jahren, wie man programmiert, Roboter baut oder mit einem 3-D-Drucker experimentiert.“

ANTONIA VON PREYSING

Geschäftsführerin Antonia von Preysing. „Hier lernen Kinder ab sechs Jahren, wie man programmiert, Roboter baut oder mit einem 3-D-Drucker experimentiert“, sagt die 29-Jährige, die gerade selbst zum ersten Mal Mutter wird. In den sieben Digitalwerkstätten gibt es deutschlandweit Kurse für Kinder, Familien und Großeltern. Ihre Initiative wächst. 2015 gestartet, arbeiten mittlerweile 35 Mitarbeiter an fünf Standorten für die digitale Zukunft der Jüngsten.

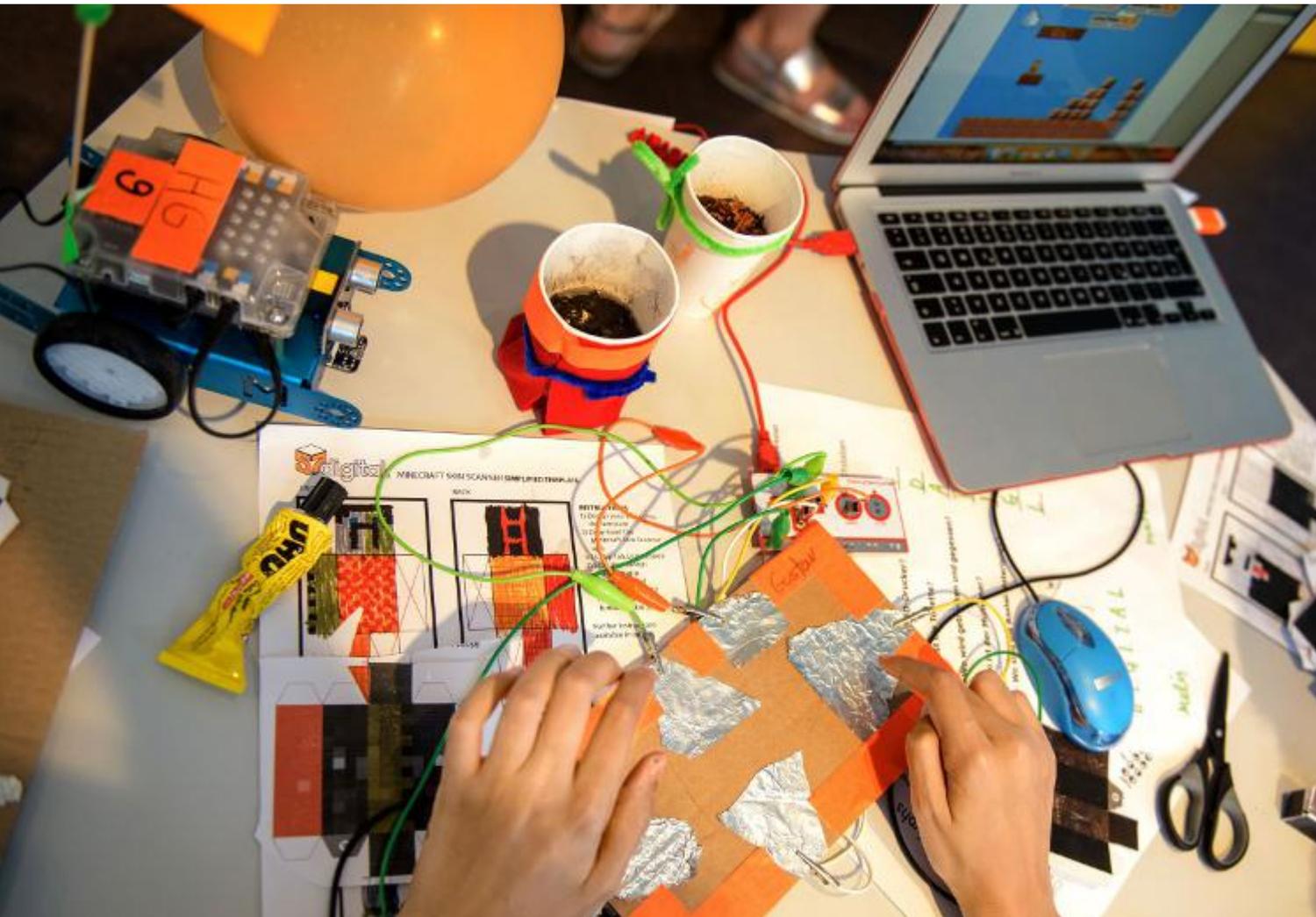
„Alles ganz spielerisch“

„Um das Programmieren kommt keine Generation mehr herum“, konstatiert von Preysing. Das sei für die Kinder genauso wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen, ist sie sicher. „Das müssen die Schulen endlich flächendeckend verstehen.“ Politische Unterstützung ist von Preysing gewiss: Der Großen Koalition zufolge sollen Schulen mit dem sogenannten „Digitalpakt Schule“ fit für digitales Lernen werden. Der Bund stellt dafür 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Kultusministerkonferenz hat im vergangenen Jahr die Schulen beauftragt, digitale Kompetenzcluster zu bilden. „Vielorts trifft das aber auf Skepsis“, sagt von Preysing. Lehrer fühlten sich schlicht überfordert und wüssten nicht, wie ein zusätzliches Fach in den ohnehin dichten Lehrplan der Grundschulen integriert werden soll, beobachtet sie.

Die Kinder lernen gerade, welches Material Strom leitet und welches nicht. In einem Versuch verkabeln sie Kronkorken und Wäscheklammern über ein Steuerpad mit einem Computer. Nur wenn das Material leitet, →



Fotos: A. Schelbert/HABA Digital GmbH; Getty Images Europe



Experimentelles Lernen: Manches, was die Kinder in der Haba Digitalwerkstatt zusammenbasteln, sieht durchaus technisch aus, und manchmal hängt am Ende der Kabel und Drähte auch ein Computer dran. Es wird aber auch Konventionelles gestaltet – zum Beispiel zusammengeklebte Roboter auf Filzstiftbeinen oder eine Puppenstube im Pappkarton, die dann als Fotovorlage dient.

Hier können Kinder das Programmieren lernen

In der Haba Digitalwerkstatt werden Kurse für Kinder, Großeltern und Familienworkshops angeboten. In Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main, Lippstadt und in Kürze auch mobil können Jung und Alt Programmieren lernen, Roboter bauen, mit 3-D-Druck experimentieren und Animationsfilme gestalten. Schulen können sich ebenfalls bei der Digitalwerkstatt melden, es gibt Digitale Schulstunden, Workshops und Projektstage für Klassen im Grundschulbereich sowie spezielle Lehrerfortbildungen.

www.digitalwerkstatt.de

„Digitale Bildung darf nicht elitär bleiben, deswegen wollen wir alle Kinder an den Digitalwerkstätten teilhaben lassen.“

ANTONIA VON PREYSING



können sie auf einem virtuellen Piano spielen. Nach einer kurzen Pause werden die Gegenstände aus den Pappboxen auf den ipads animiert - mit Scratch, einem Programmier-Tool für Kinder. Dort treffen Spielfiguren wie Hunde oder Mäuse auf die digitalisierten Dinge. „So geht das alles ganz spielerisch“, flüstert von Preysing, während die Kinder staunend auf ihren Plätzen sitzen.

„Mit der Software lassen sich Figuren gestalten und mit vorher abfotografierten Gegenständen - zum Beispiel einer Münze oder einem Luftballon - ganz individuell programmieren“, erläutert sie. Das Programm fungiere als digitale Puppenkiste, mit der Kinder einfache Computerspiele entwickeln könnten. „Schau mal, wie der aussieht“, sagt Max. Malte hat gerade einen blauen Hund mit Magnethalsband programmiert und lacht.

Digitalwerkstatt mobil

Von Preysing stimmt in das Lachen ein und freut sich. Zugleich weiß sie, „dass unser Bemühen in den Digitalwerkstätten begrenzt ist“. Soll heißen: „Wir können zwar ein bis zwei Klassen täglich betreuen, aber die Schulen müssen zu uns kommen.“ Das sei aber für viele ein Hemmnis. Hinzu kommt: Die Eltern der kleinen Programmierpioniere müssen sich den Workshop auch leisten können. Der Besuch kostet zwischen zehn und 15 Euro pro Stunde - ein Preis, den viele Eltern kaum bezahlen können. Deswegen startet in Kürze die erste mobile Digitalwerkstatt, kostenlos, in einem Kastenwagen. „Digitale Bildung darf nicht elitär bleiben, deswegen wollen wir alle Kinder an den Digitalwerkstätten teilhaben lassen“, sagt von Preysing.



Erfolgreiche Mittelständlerin: Antonia von Preysing führt die Geschäfte der 2015 gestarteten Digitalwerkstatt. Mittlerweile arbeiten 35 Mitarbeiter an fünf Standorten für die digitale Zukunft der Jüngsten.

Fotos: S. Vollmeyer/HABA Digital GmbH; K. Keibel; A. Hauschild/Ostkreuz

Erste Station des neuen Digitalwerkstatt-Mobils ist Lippstadt in Ostwestfalen. „In dem Wagen ist alles drin, was wir auch vor Ort haben, nur etwas kleiner“, erläutert von Preysing, die deswegen gemeinsam mit der Digitalwerkstatt-Gründerin Verena Pausder viele Gespräche mit dem nordrhein-westfälischen Bildungsministerium führte. „FDP-Bildungsministerin Yvonne Gebauer hat uns dabei sehr unterstützt“, sagt von Preysing.

Der Workshop in München geht gerade zu Ende. Es herrscht Aufbruchstimmung: Stühle werden lärmend über den Boden geschoben, Rucksäcke gepackt, Jacken angezogen. Nach dem Kurs in der Digitalwerkstatt treffen sich die Kinder vor der Tür des Hauses in der Nymphenburger Straße. Max und Malte geben sich die Hände. Echte Freunde wollen eben zusammen gehen. ●



STEFAN KREITEWOLF durfte immer erst nach seinem großen Bruder an den Familien-Commodore-64. Alles, was über Updates-Aufspielen oder Cache-Leeren hinausgeht, überlässt er heute dem Computerladen an der Ecke. Die Haba-Digitalwerkstatt behält er für seinen dreijährigen Sohn im Auge.

@ redaktion@libmag.de

Werkstattgründerin: Nicht nur vor dem Rechner hängen, sondern anfassen und ausprobieren – das ist das Konzept, mit dem Verena Pausder die Kinder, die zu ihr kommen, für Technik und Programmieren begeistern will. Beim eigenen Nachwuchs jedenfalls kommt die Idee bislang gut an.

**WOHL
BEHÜTET
AUFGEWACHSEN.**



Ich weiß genau,
wo das Holz herkommt,
was in mir steckt.

100% aller weltweit eingesetzten Zellstofffasern sind nach dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC®) zertifiziert.

Mehr erfahren Sie unter
karton-natuerlich.de



**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.



BRACHLIEGENDES POTENZIAL AM ARBEITSMARKT

Anders als zu Beginn der Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 angenommen, sind Zuwanderer bislang nicht zur erhofften Lösung für den Fachkräftemangel geworden. Ein Grund dafür ist, dass es in Politik und Wirtschaft vielfach am Willen mangelt, Zuwanderer mit Qualifikationsmaßnahmen fit für die Jobs zu machen, in denen Bewerber Mangelware sind. Damit werden Chancen vertan.

Wie kaum ein anderes hat das Flüchtlingsthema die öffentliche Diskussion in den vergangenen Monaten beherrscht.

Ein pauschales Argument, das in diesem Zusammenhang von rechten Populisten stets genannt wird: Migranten nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg. Die Fakten sprechen jedoch eine ganz andere Sprache. 188.000 Geflüchtete waren per Ende September 2018 bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos gemeldet. Das sind acht Prozent aller Arbeitslosen in Deutschland. Als arbeitssuchend geführt wurden zu diesem Zeitpunkt 467.000 Flüchtlinge. Sie befinden sich per Definition in einem Arbeitsverhältnis, das aber in spätestens drei Monaten endet.

Ein zweites Pauschalurteil: Flüchtlinge haben keinen oder nur einen minderwertigen Schulabschluss. Damit wird in der Tat ein Problem angesprochen - aber keines, das so groß ist, wie von bestimmten Seiten bisweilen dargestellt wird. Denn tatsächlich haben laut eines 2017 erschienenen Forschungsberichts des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 13 Prozent der arbeitssuchenden Flüchtlinge ein höheres Bildungsniveau - das bedeutet: mindestens einen mittleren Schulabschluss. Immerhin elf Prozent können einen Hochschulabschluss vorweisen. In Deutschland sind es 27 Prozent. Allerdings: Mehr als 86 Prozent der Geflüchteten konnten Anfang 2018 keine formale Berufsausbildung vorweisen.

Bei der Integration erweist sich die Sprachbarriere oftmals als entscheidende Hürde. Wer kein Deutsch spricht, hat es schwer auf dem hiesigen Arbeitsmarkt - selbst wenn er nur eine gering qualifizierte Tätigkeit ausüben will. Viele arbeitslose Geflüchtete schauen sich deshalb nach Jobs um, in denen Deutschkenntnisse zweitrangig sind - im September 2018 suchten 23.000 eine Stelle in der Reinigung, 21.000 in der Logistik, 15.000 in der Küche und 11.000 im Verkauf. Eine Arbeit gefunden hatten im Zeitraum von Oktober 2017 bis September 2018 rund 110.000 Geflüchtete. Die Mehrheit davon war in Zeitarbeitsverhältnissen tätig.

Häufig sind es Firmen aus Dienstleistungsbereichen und der Gastronomie, die Geflüchtete einstellen.

Dabei wäre Qualifikationspotenzial vorhanden. Viele der Jobsuchenden sind im passenden Alter, um eine Berufsausbildung zu beginnen. Von allen Asylsuchenden, die im laufenden Jahr nach Deutschland gekommen sind, sind 74,2 Prozent jünger als 30 Jahre. Damit haben sie gute Voraussetzungen, um langfristig in den deutschen Arbeitsmarkt integriert zu werden. Doch viele Experten fürchten, dass diese Menschen ohne aktive Förderung am Ende mit einfachen Jobs vorliebnehmen müssen.

Innenministerium muss Flüchtlingsstatus klären

Eine zweite Frage ist, ob Geflüchtete überhaupt auf Dauer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Derzeit steht das Innenministerium vor der Aufgabe, Kriterien dafür zu entwickeln, unter welchen Umständen geduldete, in den Arbeitsmarkt integrierte Flüchtlinge überhaupt in Deutschland bleiben dürfen. Des Weiteren bleibt zu klären, was mit denen passiert, die bereits einen Job haben.

In Summe ist der Anteil der Arbeitgeber, die bereits Erfahrungen mit Flüchtlingen gesammelt haben, bislang noch gering. Im Sommer 2017 waren es lediglich zehn Prozent. Diese Zahl beinhaltet auch zugesandte Bewerbungen und Vorstellungsgespräche von beziehungsweise mit Flüchtlingen. 3,5 Prozent hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Flüchtlinge eingestellt - wobei sich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Integration besonders hervortun. Das Engagement der großen Unternehmen ist geringer, aber sie entziehen sich nicht ihrer Verantwortung. Häufig bieten Konzerne Flüchtlingen Praktika und Einstiegsqualifizierungen an, um sie so auf das Arbeitsleben in Deutschland vorzubereiten. Anschließend haben sie die Chance auf eine Arbeit in einem KMU und beginnen eine Ausbildung. Das zeigt: Eine echte Chance auf eine anspruchsvolle Beschäftigung hat nur, wer eine Aus- und Weiterbildung machen kann.

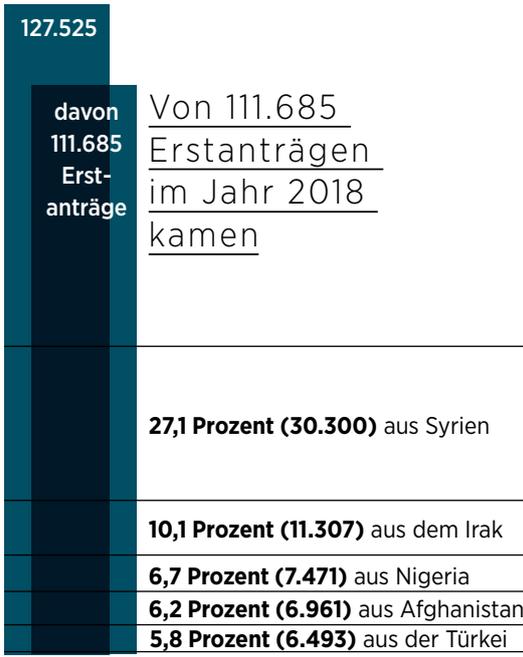




Asylanträge, die das BAMF entgegen-
nahm*

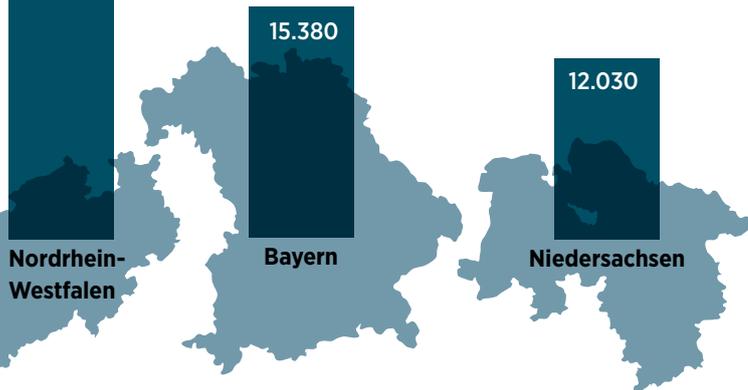


* Die Zahlen sind nicht gleichbedeutend mit der Summe der Flüchtlinge, die im ersten Halbjahr 2018 nach Deutschland kamen.

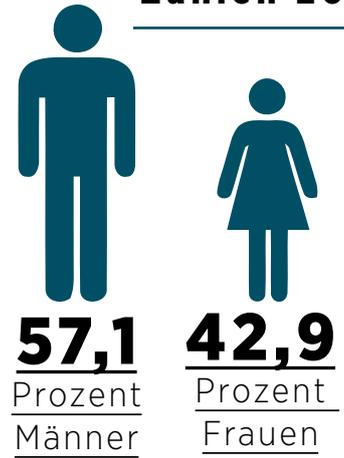


Von 111.685 Erstanträgen im Jahr 2018 kamen

Die meisten Asylanträge entgegengenommen haben



Zahlen 2018

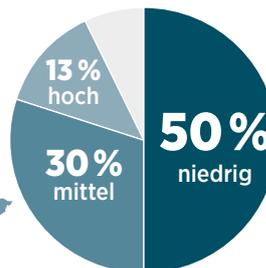


96.644 Menschen suchten Asyl in Deutschland, davon

57,0 Prozent sind im erwerbsfähigen Alter.
74,2 Prozent sind jünger als 30 Jahre.
43,0 Prozent sind jünger als 15 Jahre.



Bildungsniveau



Die Beschäftigungsquote von erwerbsfähigen Geflüchteten lag Anfang 2018 bei unter **25 Prozent**. Die der Bundesbürger bei über **68 Prozent**.

Zahlen 2017

Zuzüge und Fortzüge von
ausländischen Staats-
angehörigen im Jahr 2017

| | |
|----------|-----------|
| Zuzüge | 1.179.593 |
| Fortzüge | 644.613 |

Abschiebungen nach
Staatsangehörigkeit (2017)

| | |
|---------------------|-------|
| Albanien | 3.471 |
| Kosovo | 2.772 |
| Serbien | 2.374 |
| Mazedonien | 1.544 |
| Moldau | 751 |
| Georgien | 698 |
| Syrien | 581 |
| Afghanistan | 524 |
| Bosnien-Herzegowina | 497 |
| Rumänien | 408 |

Abschiebungen nach
Zielstaaten (2017)

| | |
|---------------------|-------|
| Albanien | 3.429 |
| Kosovo | 2.721 |
| Serbien | 2.359 |
| Italien | 2.321 |
| Mazedonien | 1.530 |
| Polen | 1.199 |
| Georgien | 612 |
| Frankreich | 528 |
| Bosnien-Herzegowina | 496 |
| Rumänien | 465 |

Anzahl der Abschiebungen in
den Jahren 2014 bis 2017 in
absoluten Zahlen

| | |
|------|--------|
| 2014 | 10.884 |
| 2015 | 20.888 |
| 2016 | 25.375 |
| 2017 | 23.966 |

Die Zahlen sind methodisch und organisatorisch bedingt nicht gleichbedeutend mit der Summe der Flüchtlinge, die im ersten Halbjahr 2018 nach Deutschland kamen. Quellen: Deutscher Bundestag, Drs. 19/800, bpb, Bundesagentur für Arbeit, Statista, BAMF, IAB, SOEP, IWD, DGB

Fotos: Temps; S. Lüdtkke



JANA SAMSONOVA ist freie Journalistin und lebt in Wuppertal. Sie weiß aus eigener Erfahrung, dass die Integration in den Arbeitsmarkt wesentlich zur Integration in ein Land beiträgt – sprachlich wie kulturell.

@ redaktion@libmag.de

Zusammen für Integration



Erfolgsduo: Joachim Förster, der seit 35 Jahren in der Lackiererei von Temps beschäftigt ist, bildet Suod Alismail als Lackierer aus, nachdem der erfolgreich die ersten Phasen des SPRINT-Programms absolviert hat.

Initiativen wie „Wir zusammen“ setzen sich für die langfristige Integration von Flüchtlingen ein – im Land und in Unternehmen. Die Idee zu „Wir zusammen“ hatte Ralph Dommermuth, Gründer und Vorstandsvorsitzender der United Internet AG. Gegründet wurde das Netzwerk im Februar 2016 von 36 Initiatoren, die zu diesem Zeitpunkt alle bereits mit Projekten für Geflüchtete aktiv waren – darunter Siemens, Henkel und ThyssenKrupp. „Wir zusammen“ hat inzwischen 230 Mitglieder und 22.698 Mentoren. Im Rahmen des Projektes wurden viele Erfolgsgeschichten geschrieben. Eine davon ist die von Huwida Khallo aus Syrien. Im Jahr 2015 kam die Syrerin gemeinsam mit ihrem Mann nach Deutschland. Die 27-Jährige hatte zu dem Zeitpunkt in ihrem Heimatland bereits einen Bachelorabschluss in Finanz- und Bankwissenschaften gemacht. Hier in Deutschland coacht Khallo nun geflohene Frauen als Beraterin, Sprach- und Kulturmittlerin bei der Arbeitsmarktintegration beim zertifizierten Dienstleister Bergenthal Beratung. Ihre Arbeitssprachen sind Arabisch, Kurdisch, Englisch, Türkisch und inzwischen auch Deutsch. „Frau Khallo ist als Sprachmittlerin gestartet und hat sich in kürzester Zeit die fachlichen Kenntnisse in unseren Beratungsbereichen angeeignet. So ist sie in die Rolle des Coaches für unsere Klientinnen hineingewachsen“, sagt Kathrin Bergenthal, Inhaberin von Bergenthal Beratung, über ihre Mitarbeiterin. Ein weiterer Erfolgsfall ist Suod Alismail. Der junge Mann wollte schon immer Lackierer werden. Doch bevor er den Beruf antreten konnte, musste er fliehen – aus dem Irak nach Deutschland. Als er vom Sprach- und Integrationsprojekt für jugendliche Flüchtlinge (SPRINT) der Temps Malerbetriebe erfuhr, bewarb er sich und wurde anschließend in das Programm aufgenommen. Im Frühjahr 2016 begann für ihn und 16 weitere Geflohene die Startphase des Programms, in der es zunächst einmal vor allem um sprachliche Integration geht. Anschließend wechselte er in das Projekt „SPRINT-Dual“, in dem die berufliche Integration im Fokus steht. Nachdem Alismail diese Stufe abgeschlossen hatte, begann er Mitte 2017 seine Ausbildung zum Lackierer – die er voraussichtlich 2020 abschließen wird.

ES HAT SICH ETWAS IN DEN KÖPFEN VERÄNDERT

Mit seiner rabiaten Handelspolitik stößt US-Präsident Donald Trump viele Partnerländer vor den Kopf. Nach Einschätzung des **österreichischen Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Felbermayr** eröffnet das aber auch neue Spielräume. In *liberal* spricht er über die Gründe für das Comeback des Protektionismus und beschreibt, mit welchen Strategien Deutschland seine Handelsinteressen wahren kann.

INTERVIEW VON THOMAS LUTHER



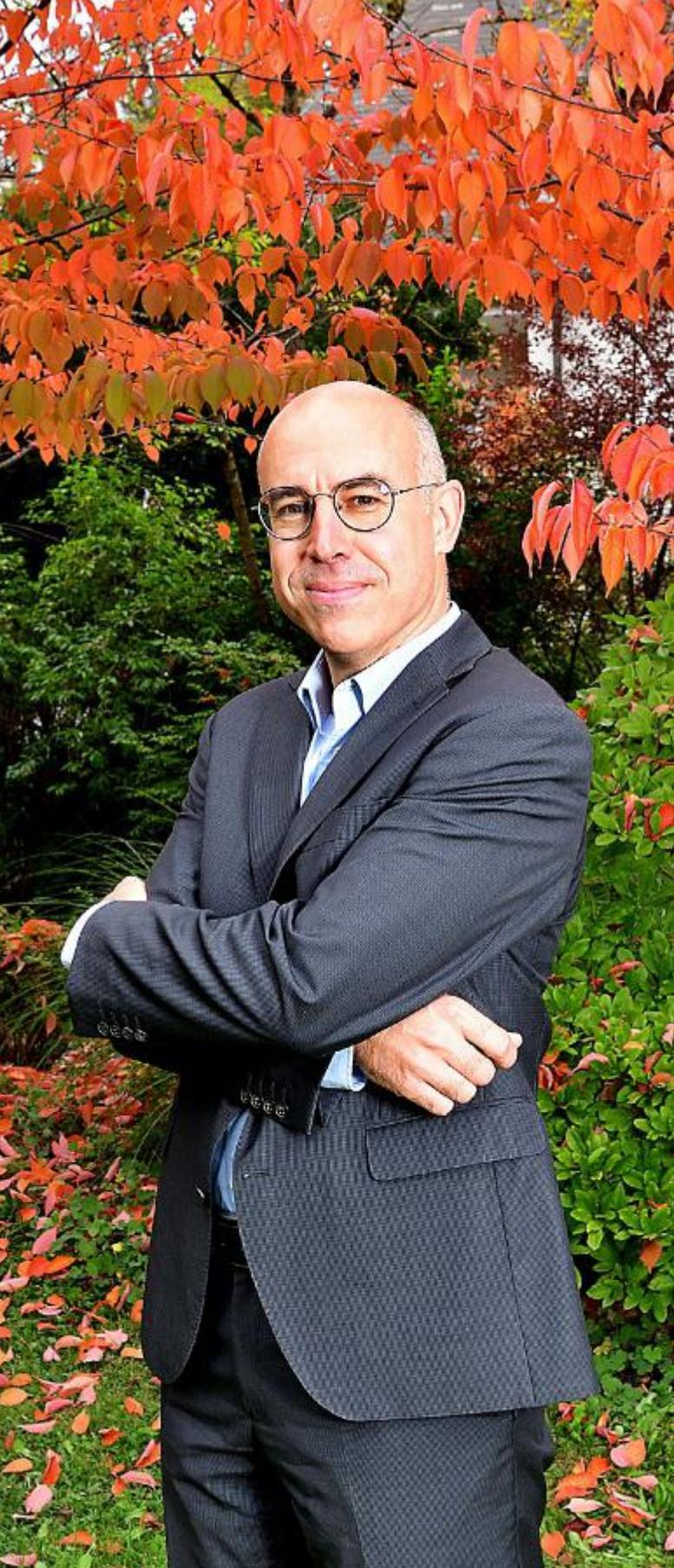


Foto: Enno Kapitza

liberal: Es gibt in der öffentlichen Diskussion immer wieder das pauschale Urteil, protektionistische Tendenzen seien auf dem Vormarsch und die Wohlfahrtseffekte des Welthandels stünden auf dem Spiel. Selten wird das aber konkret belegt. Ich frage Sie als Wissenschaftler: Wie ist es um den Welthandel bestellt?

Gabriel Felbermayr: Vielleicht nicht so schlecht, wie manche das glauben machen wollen, aber das Klima in der Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren durchaus verschlechtert. Ich denke, das Jahr 2008 war in diesem Zusammenhang eine Zäsur. Seitdem hat sich etwas in den Köpfen verändert. Wir haben bis dahin eine historisch wirklich einzigartige Entwicklung gesehen, einen großen, mächtigen Globalisierungszug. Eine ganze Reihe von Ländern sind nach dem Ende des Kommunismus integriert worden in die Weltwirtschaft - China ist zuallererst zu nennen, aber auch die Staaten in Osteuropa. Viele Schwellenländer haben sich geöffnet, Brasilien zum Beispiel oder Indien. Kaum einer weiß, dass der Subkontinent mal protektionistische hohe Zölle hatte, die mittlerweile deutlich abgesenkt wurden. Es gab um die Jahrtausendwende einen Boom bei regionalen Handelsabkommen, überall in der Welt. Als wir in der Phase wirklich dramatisch voranschreitender Globalisierung waren, kam 2008 quasi aus dem Nichts der Knick. Die Pleite von Lehmann Brothers, eine Weltwirtschafts- und Finanzkrise - das hat das Vertrauen erschüttert in die Funktionsweise von Märkten insgesamt. Das hat bei vielen einfachen Menschen, aber auch Entscheidungsträgern das Gefühl ausgelöst, man könne sich mit einer stärker national ausgerichteten Wirtschaftspolitik besserstellen. Jedenfalls ist in den vergangenen Jahren schon recht deutlich zu beobachten, dass die Handelsbarrieren mehr werden. Das ist nicht leicht transparent zu machen, weil es keine detaillierten Zahlen dazu gibt, aber gleichwohl gibt es diese Tendenz. Es gibt an der Universität in St. Gallen einen Kollegen, der seit 2008 in einer großen Anstrengung versucht, alle Gesetzestexte zusammenzutragen, mit denen der freie Handel mit Gütern und Dienstleistungen eingeschränkt oder ausländische Anbieter diskriminiert werden - und er wird sehr, sehr häufig fündig. Der Trend ist relativ klar: Protektionismus gab es schon vor Donald Trump und seinen Tweets. Auch der in Deutschland so verehrte Barack Obama hat das mit Buy American Act, Dodd-Frank Act und anderen Dingen betrieben.

Jetzt ließe sich argumentieren, dass die Finanzkrise zu einem starken makroökonomischen Schock geführt hat. Zum Beispiel ist die Abwrackprämie hier in Deutschland ja letztlich auch aus der Idee geboren worden, mit solchen Impulsen in irgendeiner Art und Weise die stark zurückgehende binnenwirtschaftliche Nachfrage aufzufangen. Nachdem sich die Weltkonjunktur wieder gefangen hat und es in den vergangenen Jahren vergleichsweise gut lief im Welthandel, hätte man das theoretisch wieder zurückdrehen können. Warum ist es dazu nicht gekommen?

Na ja, teilweise wurde es schon zurückgedreht. Viele Programme liefen einfach aus wie zum Beispiel die Abwrackprämie. Aber →

ja: Was fehlt, war beziehungsweise ist ein neuer Liberalisierungsschub, ein Weitermachen dort, wo man 2008 aufgehört hatte. Es hat sich eben das Denken verändert. Das Vertrauen ist gesunken, dass weite Bevölkerungsschichten profitieren, wenn Handelsbarrieren abgebaut werden. Viele Faktoren haben zu diesem Wandel beigetragen. Das Vertrauen in die Marktwirtschaft ist per se kleiner geworden und offene Märkte verheißen ja etwas Marktwirtschaftliches, Freiheitliches. Dazu kommt, dass in der Krise populistische Kräfte gestärkt wurden in vielen Ländern. Diese Kräfte setzen auf einfache Rezepte. Auch in Deutschland zum Beispiel haben wir im Grundsatz eine sehr eurokritische und europakritische Landschaft bekommen und es gibt eine „Germany First“-Stimmung. In vielen Köpfen hat sich die Vorstellung eingenistet: Die Eurorettung hat uns übervorteilt, in der Flüchtlingspolitik ist es so und in der Handelspolitik läuft es nun auch nicht anders - eine Vorstellung aus dem Jahr 2008 heraus, dass der kleine Mann für eine globale Elite bezahlt und er selbst immer nur die Nachteile serviert bekommt.

Warum ist das so?

Die Geschwindigkeit des Wandels war einfach sehr hoch zwischen 1990 und 2008. In dieser Zeit sind ganze Industrien verloren gegangen. Zwar sind auch Industrien neu entstanden - aber eben in ganz anderen Regionen und für andere Personen. Die Verlierer auf der einen Seite sind nicht die Gewinner in den Sektoren, die andererseits neu entstehen. Diese Phase der schnell voranschreitenden Globalisierung trägt in sich auch den Keim für den Wunsch nach Entschleunigung, weil viele Menschen einfach überfordert sind. Parallel dazu haben wir in Europa eine zunehmende Überalterung. Auch das ist per se eine Bremse, denn immer mehr Menschen fragen sich in ihrem zunehmenden Alter: Was habe ich davon? Wenn die Regierung mit regulatorischen Maßnahmen versucht, Über aus deutschen Städten zu halten, dann ist das für die, die mit dem Smartphone nicht viel anfangen können, kein Problem. Die Folge ist, dass in Deutschland zunehmend eine Globalisierungsskepsis einhergeht mit einer Technologiefeindlichkeit - und das hat etwas mit der Alterung der Gesellschaft zu tun.

Weil Sie auf die Demografie ansprechen: Die Gruppe der Alten, der über 60-Jährigen, wächst und wird eine immer bedeutendere Wählergruppe. Spielt Klientelpolitik der Parteien dafür eine Rolle?

Natürlich, ganz massiv. Klientelpolitik ist überall sichtbar. Wenn wir uns zurückerinnern an die TTIP-Diskussion, war es immer gut, sich mal die cui-bono-Frage zu stellen. Wem nützt das eigentlich? Wenn wir zum Beispiel auf einer Abschottung der Kulturindustrie beharren, wem nützt das eigentlich? Ist das wirklich zum Vorteil der Bevölkerung, oder sind das nicht sehr spezielle Gruppierungen, die sehr häufig in geschützten Räumen agieren? Verbeamtete Kulturschaffende, die sich ihre sicheren Räume bewahren wollen? Und das kann man in vielen anderen Teilbereichen der TTIP-Diskussion wiederfinden. Mein Lieblingsbeispiel: In Österreich gibt es im Prin-

zip ein Duopol im Lebensmitteleinzelhandel. Einer dieser Duopolisten hat sich ganz stark gegen TTIP gewehrt und ist mit der österreichischen *Kronenzeitung*, einem Boulevardblatt, de facto einen Pakt eingegangen. Wenn man sich fragt: Warum macht er das eigentlich, kommt man schnell zu dem Verdacht, dass der zusätzliche Wettbewerb, den TTIP gebracht hätte, auf die Margen gedrückt hätte. Und die Margen im Lebensmitteleinzelhandel in Österreich sind deutlich höher als in Deutschland ... Es gab eine unheilige Allianz zwischen denen, die TTIP aus ideologischen Gründen ablehnen, und denen, die sagen: Wachstum ist aus ökologischen Gründen sowieso schlecht. Da gibt es ja viele Argumente, die per se nicht absurd sind. Aber diese Gruppierungen sind dann eine Allianz eingegangen mit sehr klaren betriebswirtschaftlichen Interessen.

Der Impuls in der heutigen Zeit ist sehr schnell da, vor allen Dingen für uns Europäer, immer sehr schnell auf Donald Trump zu zeigen. Ist er derjenige, der all diese Dinge nur auf den Punkt gebracht hat und dann letztlich den letzten Schritt gegangen ist?

Also, er bewegt sich auf einem Nährboden, wenn man es so will, auf dem sich auch viele andere Populisten bewegen. Was ihn wohl auszeichnet, ist, dass er keine Hemmungen hat, Tabus zu brechen. In der Handelspolitik ist das besonders klar, weil da bisher bestimmte Protokolle vorgeherrscht haben, wie man miteinander umgeht und Dinge vereinbart. Letztlich sind das Diplomaten, die sich dafür treffen. Der amerikanische Handelsbeauftragte hat den Titel eines Botschafters! Ähnlich ist das in Europa. Es sind also Diplomaten, die sich treffen, mit sehr gediegenen Umgangsformen irgendwo in Luxushotels, und die dann ein paar Tage und drei Nächte zusammenhocken, um eine Lösung zu finden - und dabei nicht permanent tweeten und vor die Presse gehen und um sich schlagen. Auch in dieser Zeit gab es durchaus ein America First, und das Äußern von Drohungen und auch das Kämpfen mit harten Bandagen war durchaus üblich - nur hat die Öffentlichkeit nichts davon erfahren. Nichts hat den geschlossenen Raum verlassen. Was Trump tut, ist, alles in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ist vielleicht der größte Unterschied zu der Zeit vor ihm. Jede halbe Stunde kommt ein neuer Tweet von ihm. Mit dem bricht er dann ganz viele Brücken ab. Es gibt dann kein Zurück mehr. Denn wenn man einmal eine Drohung in die Welt gesetzt hat, die dann über CNN und Fox News verbreitet wurde und von 300 Millionen Menschen gelesen oder gesehen wurde, kann man schlecht eine Stunde später, wenn sich in der Dynamik der Verhandlung etwas Neues ergeben hat, sagen: Ich rudere zurück. Das wäre mit Gesichtsverlust verbunden. Deswegen hat dieses alte Protokoll schon seine Sinnhaftigkeit gehabt.

Wenn der US-Präsident derjenige ist, der eine Art von Eskalationsspirale in Gang gebracht hat, aus der er schlecht ohne Gesichtsverlust rauskommt, um den Weg zurückzufinden, dann drohen sich die Dinge nur noch im Kreise zu drehen und einzugraben, ohne dass da irgendjemand noch etwas von hat. Es geht nur noch darum, recht zu haben. Und die Frage ist: Wie kommt



Die Geschwindigkeit des Wandels war einfach sehr hoch zwischen 1990 und 2008. In dieser Zeit sind ganze Industrien verloren gegangen. Zwar sind auch Industrien neu entstanden – aber eben in ganz anderen Regionen und für andere Personen.

**man aus dieser unseligen Situation wieder raus? Die Wohlfahrts-
effekte der Globalisierung stehen doch auf dem Spiel.**

Absolut! Wir haben sehr viel zu verlieren, das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Wenn alte Tabus, die Schutzfunktion hatten, aufgegeben werden und es eine Rückkehr ganz offensichtlicher Machtpolitik in der Handelspolitik gibt und die Welthandelsorganisation dadurch dauerhaft Schaden nimmt oder gar zerstört werden sollte, dann würden damit die Grundlagen unseres Wohlstands gefährdet werden. Gerade Deutschland ist davon betroffen. Viele Schwellenländer sind davon betroffen. Andererseits muss man einfach auch ein paar Dinge eingestehen. Erstens, die Welthandelsorganisation, die seit 1995 existiert, wurde nach achtjährigen Verhandlungen gegründet. Wenn man zurückrechnet: Die Verhandlungen wurden 1986 begonnen. Die Welt damals sah dramatisch anders aus als heute. Die WTO wurde unter der Annahme geschaffen, dass Francis Fukuyama mit seiner Theorie des „End of History“ recht hat. Also, dass alle Länder, alle Gesellschaften am Ende des Tages ziemlich ähnlich aussehen werden und hinkonvergieren zu einem marktwirtschaftlich liberalen, demokratischen Modell. Diese Grundannahme, das muss man heute sagen, ist nicht richtig gewesen. China konvergiert nicht. Viele andere Länder, die der WTO spät beigetreten sind, wie Russland etwa, divergieren. Das heißt: Die WTO hat ein fundamentales Problem. Sie hat, seitdem sie existiert, es nicht geschafft, das Regelsystem, das unter falschen Annahmen aufgestellt wurde, anzupassen. Klar ist: Es gibt mächtige Spieler, die kein Interesse haben an Reformen. Der andere Punkt ist: Das System, wie wir es heute haben, ist ein asymmetrisches, was die Höhe von Handelsbarrieren angeht. Und das hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie man überhaupt miteinander verhandeln kann.

Nämlich welche?

Die USA haben im Durchschnitt die niedrigsten Zölle der Welt, für eine große Volkswirtschaft gesehen. Wenn man so niedrige Zölle hat - wie kann man mit einem Gegenüber wie der Europäischen Union oder China erfolgreich eine Absenkung von deren Zöllen verhandeln? Die Verhandlungen im Welthandel haben eigentlich immer so ausgesehen: Man sagt: Ich gebe dir einen besseren Marktzugang und du gibst mir im Gegenzug dafür einen besseren Marktzugang bei dir. Ein Austausch von Konzessionen. Wenn ich aber nichts mehr herzugeben habe, weil mein Marktzutritt schon frei oder fast frei ist in vielen Bereichen, wird mir mein Verhandlungspartner keine Zugeständnisse machen. Warum sollen zum Beispiel die Chinesen den Zugang ausländischer Investoren verbessern, wenn sie im Ausland annähernd perfekten Zugang bereits haben, vor allem in Europa? Wir hier haben nahezu keine Barrieren mehr - was ja an sich eine gute Sache ist. Aber der Haken ist: Ich habe in Verhandlungen kein Druckmittel mehr, um mein Gegenüber dazu zu bewegen, Zugeständnisse zu machen. Diese asymmetrische Situation muss man sehen.

Wie komme ich aus so einer asymmetrischen Situation heraus?

Das Protokoll bisher war immer so, dass man sagt, wir setzen uns hin, wir verhandeln. Wenn das scheitert, fallen wir zurück auf den Status quo, den die WTO-Länder 1995 beim Beginn der WTO ausgehandelt hatten. Diese Spielregel hat Trump gebrochen. Das ist nicht irrational, weil er sieht: Anders komme ich nicht weiter. Die Chinesen lassen mich immer scheitern bei den Verhandlungen, weil ich ihnen im Prinzip nichts anbieten kann. Wie kommt man da raus? Indem man sagt: Wir fallen nicht zurück auf den Status quo. Wir fallen →

zurück in eine Situation des Handelskriegs. Wo bei einem Scheitern der Verhandlungen eine Seite mit einem Hochfahren von Barrieren agiert. Diese Drohung hat gewirkt - gegenüber Südkorea, Mexiko, Kanada. Und sie wirkt offensichtlich auch gegenüber Europa, weil die Europäer trotz der Bedrohung mit Zöllen und der schon existierenden Zölle auf Aluminium und Stahl bereit sind, mit den Amerikanern zu verhandeln. Es zeichnen sich sogar erste Spuren in der Wirksamkeit mit China ab, weil die Chinesen beginnen, weitere Sektoren zu öffnen und den Joint-Venture-Zwang bei Investitionen einzuschränken. Da bewegt sich noch nicht viel, aber es scheint in diese Richtung zu gehen. Wenn sich das Problem der Asymmetrie nicht lösen lässt, dann heißt es: Statt immer wieder zurück auf den Status quo zu fallen, stellen wir den Status quo infrage.

Das mag einerseits rational sein. Andererseits birgt das doch aber auch Gefahren, weil der Status quo, der die Errungenschaften vieler Jahrzehnte zusammenfasst, brüchig wird, oder?

Das ist zweifellos richtig. Aber man muss den Status quo infrage stellen, Europa muss das auch tun. Wenn wir wollen, dass zum Beispiel die Chinesen fairer spielen, zum Beispiel bei Investitionen, dann müssen wir uns fragen: Wie können wir so Druck aufbauen, dass die Chinesen bereit sind, Zugeständnisse zu machen? Auf Basis der heute gültigen Regeln kann ich das nicht. Man muss also eine Drohkulisse entstehen lassen, was Europa ja auch tut.

Was aber auch bedeutet, dass ein Punkt kommen wird, an dem eine Seite klarmachen muss, dass sie es auch ernst meint.

Glaubwürdigkeit ist auf jeden Fall ein großes Thema. Rund um die Doha-Runde war das zum Beispiel so, als es darum ging, die WTO weiterzuentwickeln. Die Glaubwürdigkeit der einzelnen Angebote und auch der Drohungen, die ausgesprochen wurden, waren schlicht und ergreifend nicht gegeben. Trump hat mit Glaubwürdigkeit ein kleineres Problem. Weil er der Welt sehr klarmacht, dass er als US-Präsident auch das umsetzt, was er androht - selbst wenn das für seine eigene Volkswirtschaft möglicherweise schädlich sein sollte. Durch das deutliche Signalisieren, dass die Drohungen nicht einfach nur Geschwätz sind, wie das vor seiner Amtszeit oftmals der Fall war, weil am Ende nichts passiert ist, weil es letztlich leere Drohungen waren, aus diesem Dilemma hat er sich herausgearbeitet.

Hat Trump also die Spieltheorie verstanden?

Das will ich ihm pauschal nicht unterstellen, aber intuitiv weiß er schon, wie man Deals macht und andere unter Druck setzt, auch mit unlauteren Mitteln, und das Recht des Stärkeren einsetzt. Das sind alles unschöne Dinge, die nicht zu unserem Wertekanon gehören. So gehen wir nicht miteinander um im Völkerrecht. Aber de facto ist das der Weg, wie er sich für amerikanische Interessen einsetzt. Und manchmal sind seine Interessen auch unsere Interessen. Wenn es ihm gelingt, China ein Stück weit aufzubrechen, dann haben auch wir Europäer etwa davon. Deswegen muss man ein bisschen vorsichtig sein, Trump als Cowboy hinzustellen, der wild um sich

schießt, ein wenig irre erscheint, der sich gefällt, wenn überall Rauch aufsteigt. Das ist vielleicht auch der Fall. Aber durch sein Auftreten entstehen neue Spielräume. Das kann durchaus auch positiv sein. Aber es ist hochriskant - das ist auch klar.

Das hat im Kern etwas Hoffnungsvolles. Aber um bei der Spieltheorie zu bleiben: Das erinnert ein wenig an den Pokertisch. Ein Spieler erhöht den Einsatz. Dann ist der Nächste am Zug und muss nachziehen oder ist raus. Das kann die Runde durchspielen, bis es heißt: all in! Wie lässt sich verhindern, dass es am Ende nur Verlierer gibt, weil die Situation immer mehr eskaliert?

Es scheint so, dass Trump keine Exit-Strategie hat, was China angeht. Er hat aber, was Korea, Kanada, Mexiko und Europa angeht, zumindest in Teilen erreicht, was er wollte. Er hat bei der Reform von Nafta nicht alles bekommen, was er wollte - aber doch Teile davon. So kann er nach Hause gehen und sagen: Ich habe einen großen Verhandlungssieg errungen. Die Lösung mit China besteht darin, dass beide Seiten gesichtswahrend aus diesem Konflikt herauskommen und für beide Seiten das Abschließen eines neuen Deals besser ist als das Weiterführen des Konflikts oder sogar eine weitere Eskalationsspirale.

Die Frage ist: Wie lange dauert es, bis dieser Punkt erreicht ist und sich ein Lösungsansatz herauskristallisiert?

Beide Seiten können sehr lange spielen, weil der Berg an Chips - wenn wir beim Pokerspiel bleiben wollen - sehr groß ist. Da haben beide Spieler ganz tiefe Taschen. Die USA sind eine wirklich gut diversifizierte Volkswirtschaft, die fast alles außer Seltenen Erden besitzt. Sie ist auf Handel eigentlich nicht angewiesen. Der Schaden eines Handelskrieges ist daher für die USA relativ überschaubar. Es gibt einen Schaden, aber der ist im Vergleich zu kleinen, offenen Volkswirtschaften wie Deutschland oder den Niederlanden gering. Für China gilt das auch. Das Land hat zwar kein Erdöl, kein Erdgas. Aber das Land hat es dennoch geschafft, sich in den vergangenen Jahren aus einer gigantischen Exportabhängigkeit zu befreien. Das ist von vielen unbemerkt passiert. Heute steht China sehr solide da und ist viel weniger erpressbar etwa durch Amerika oder Japan als früher.

Also haben wir es mit zwei Spielern zu tun, die lange durchhalten können und so lange den Rest der Welt in Schrecken versetzen, weil sie mit relativ geringen Schäden herauskommen?

Richtig. Der Anteil am Weltwirtschaftsprodukt, der sozusagen im Feuer steht, ist groß und daher werden viele andere Länder, die Zulieferer sind in die Wertschöpfungsketten im ostasiatischen oder amerikanischen Raum, mit hineingezogen. Da es keine Exit-Strategie gibt, wird erst einmal noch weiter gepokert. Das kann noch lange dauern, bis ein Erfolg sichtbar wird - durchaus länger, als vielleicht die Amtszeit oder gar die Amtszeiten eines Donald Trump hergeben.

Am Tisch sitzen aber ja auch noch Spieler wie zum Beispiel Deutschland oder Kanada, also kleinere oder mittlere Volkswirt-



Die EU hat eigentlich überhaupt keine schwache Position, wir sind nicht nur Zuschauer. Es ist vielleicht sogar so, dass Europa deswegen nicht direkt am Tisch sitzt, weil wir sozusagen ein Stück weit über diesem Kleinkrieg drüberstehen.

Zur Person:

Gabriel Felbermayr leitet das ifo Zentrum für Außenwirtschaft am ifo Institut in München und ist Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität. Im März 2019 wird er der nächste Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Er sieht die Zunahme des Protektionismus mit großer Sorge. Damit Deutschland weiterhin von offenen Weltmärkten profitieren kann, braucht es für ihn eine ambitionierte Reform der Welthandelsorganisation, aber auch innenpolitisch die richtigen Weichenstellungen in Deutschland.

schaften, die teilweise ganz andere Interessen haben. Der Berg an Chips ist bei ihnen nicht so groß. Sie können und wollen daher auch nicht unbedingt mitziehen. Auf der anderen Seite ist es auch nicht eine unbedingt gute Position, wenn das Spiel komplett an ihnen vorbeiläuft und sie nur Zuschauer sind. Wäre es eine Option, wenn sich diese Spieler zusammentun und, um im Bild zu bleiben, ihre Chips zusammenwerfen, um dadurch eine gewisse Kraft zu haben und gehört zu werden, aber auch um über Interaktion in diesen Zweikampf mit eingreifen zu können?

Das ist die einzige Option, die kleinere Volkswirtschaften haben. Dies ist auch im Prinzip der Grund, warum es die Europäische Zollunion gibt. Wir haben ja eine gemeinsame Handelspolitik genau aus diesem Grund, weil Deutschland zu klein ist, um mit seinen vier Prozent der Weltproduktion und dreieinhalb Prozent der Weltnachfrage wirklich zu punkten in einem Spiel, in dem China und die USA den Ton angeben. Aber gemeinsam ist die Europäische Union schon sehr viel stärker, wir sind die wichtigste Exportmacht der Welt. Das heißt, im Prinzip ist es so, dass eigentlich die Schlüsselrolle in der handelspolitischen Diskussion Europa zukommt - etwa wenn so wie jetzt die Nummer zwei und Nummer drei sich in die Haare kriegen. Europa hat außerdem in den vergangenen Jahren erfolgreich Handelsabkommen geschlossen - gerade eben mit Japan. Auch mit Kanada und Mexiko hat Europa Abkommen, sodass es für sich genommen nicht nur eine sehr erhebliche Macht darstellt, sondern auch ein Netzwerk besitzt.

Das EU-Japan-Abkommen ist das größte Freihandelsabkommen, das bisher in der Welt überhaupt geschlossen wurde, was das Bruttoinlandsprodukt der beteiligten Partner angeht. Dieses Netzwerk macht Europa noch stärker. Die EU hat eigentlich überhaupt keine schwache Position, wir sind nicht nur Zuschauer. Es ist vielleicht sogar so, dass Europa deswegen nicht direkt am Tisch sitzt, weil wir sozusagen ein Stück weit über diesem Kleinkrieg drüberstehen. Weil wir mit unserer eigenen handelspolitischen Macht durchaus auf beiden Seiten und mit anderen Staaten, mit Drittstaaten, unsere Interessen verteidigen können - unter der Bedingung, dass Europa in der Lage ist, diese Macht auch einzusetzen. Aber genau das ist leider Gottes schwierig, weil die EU-Mitgliedsländer divergierende Interessen haben. Die osteuropäischen Länder schauen sehr stark nach China, weil sich China bei ihnen ein Stück weit eingekauft hat. Das ist ein Problem. Dann haben wir Länder, die sehr stark nach Amerika schauen, weil sie sich davon Schutz gegen Russland versprechen - die baltischen Staaten zum Beispiel. Dann haben wir Länder wie Frankreich, die von Grund auf sehr skeptisch sind, was Freihandelsabkommen angeht - vor allem, wenn sie in den Agrarbereich gehen. Kurzum: Wir haben in Europa diese sehr unterschiedlichen Interessenslagen. Das ist das eigentliche Problem. Wenn Europa das in den Griff bekommen würde, hätten wir gemeinsam mit Partnern wie Japan, Südkorea, Kanada und anderen Ländern, mit denen wir auch verbündet sind, sehr, sehr gute Karten. ●



Ein Mann mit Haltung

Beim Ausscheiden einer prägenden Persönlichkeit aus einem Amt ist oft vom Ende einer Ära die Rede. Und auch wenn Wolfgang Gerhardt diesen Begriff, bezogen auf seine Person, sicherlich ablehnen würde, so ist er doch mehr als angebracht. Nach zwölf Jahren an der Spitze der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit übergab Wolfgang Gerhardt Ende September den Stiftungsvorsitz an Professor Karl-Heinz Paqué.

VON KIRSTIN HÄRTIG



Wolf-Dieter Zumpfort schied zusammen mit Wolfgang Gerhardt aus dem Vorstand aus.

Fotos: Wolfgang Borrs / frankfurterberger.de



Großer Abend im historischen Rahmen: In der Bauakademie am Schinkelplatz – einer Urstätte der deutschen Liberalen – würdigten Ende September hochkarätige Redner die zwölfjährige Amtszeit von Wolfgang Gerhardt.

Am heutigen Tag verabschieden wir Sie aus dem aktiven Dienst in diesen Spitzenfunktionen. Nach dem, wie Sie hier heute gesprochen haben, muss ich sagen: Es ist zu früh!“ Schöner und passender kann man den Abend an historischer Stätte nicht zusammenfassen. Der Stabwechsel von Wolfgang Gerhardt an Karl-Heinz Paqué an der Spitze der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erfolgte Ende September in der Bauakademie am Berliner Schinkelplatz: Hier wurde vor 98 Jahren die erste Deutsche Hochschule für Politik eröffnet, die aus der 1918 von Friedrich Naumann gegründeten Staatsbürgerschule hervorging. Die Institution wurde 1958 als Otto-Suhr-Institut in die Freie Universität eingegliedert - genau in dem Jahr, als die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gegründet wurde.

Zwölf der vergangenen 60 Jahre stand Wolfgang Gerhardt an der Spitze der Stiftung - länger als jeder seiner Vorgänger. Knapp vor Vollendung des 75. Lebensjahres hat er nun den Stiftungsvorsitz abgegeben - wird der Stiftung aber als treuer Freund weiter verbunden bleiben.

Wolfgang Gerhardt hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Zeit seines Vorsitzes maßgeblich geprägt und vorangebracht. Vor allem das Thema „Freiheit“ stand ganz oben auf seiner Agenda. Er war es, der den Zusatz „für die Freiheit“ im Namen der Stiftung aufnehmen ließ. Auf Gerhardts Initiative hin entstanden die „Rede zur Freiheit“ vor dem Brandenburger Tor und der „Freiheitspreis“ der Stiftung, der seit 2006 regelmäßig in der Frankfurter Paulskirche verliehen wird. Die Stiftung erklimmte so eine neue Stufe öffentlicher Resonanz. Erster Preisträger 2006 war Hans-Dietrich Genscher.

In den folgenden Jahren waren beispielsweise der Literaturnobelpreisträger und langjährige Stiftungspartner Mario Vargas Llosa, die türkischstämmige Autorin Necla Kelek, der Philosoph Wolfgang Kersting sowie der frühere schweizerische Bundespräsident Kaspar Villiger Preisträger. Dieses Jahr ging der Preis an den Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck. Bisherige Redner zur Freiheit in den vergangenen zwölf Jahren vor dem Brandenburger Tor waren →

Zitate des Abends



Professor Jürgen Morlok, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

- I. *„Ich habe keinen Vorsitzenden erlebt, der sich inhaltlich und zeitlich so um die Stiftung gekümmert hat, im In- und Ausland, wie Wolfgang Gerhardt.“*
- II. *„Gerade eine freiheitliche Gesellschaft braucht Staatsbürger, die einerseits die politischen Tugendwächter und Ordnungsrufener nicht zur Ruhe kommen lassen und andererseits den Denkschwächlichen und Patentrezeptinhabern den Schlaf rauben. Heute mehr denn je.“*
- III. *„Demokraten wachsen nicht auf Bäumen, die man dann - je nach Bedarf - abpflücken kann, sondern zu Demokraten wird man herangebildet.“*



Christian Lindner,
Bundesvorsitzender der FDP

- I. *„Den großen Zusammenhang darzustellen, die Grundierung gerade auch unseres liberalen Denkens zu verdeutlichen und aktuell zu halten, das war immer Ihr Anliegen, auch in Ihren parteipolitischen Spitzenfunktionen. Für die FDP ist das möglicherweise in ihrer Geschichte und auch heute so notwendig gewesen wie bei kaum einer anderen politischen Farbe. Denn wir stehen in der Gefahr, als in der Vergangenheit meistens kleinere Partei in Regierungen, dass wir uns konzeptionell in der Verantwortung erschöpfen, dass im Zuge des Kompromisses der eigene Kompass verloren geht oder zumindest von den Menschen nicht mehr erkannt werden kann.“*
- II. *„Sie sind der Beweis dafür, dass sich Intellektualität und Haltung nicht mit Geselligkeit ausschließen. Und auch das ist eine Ermunterung für uns alle. Das ist eine Charakterfrage.“*
- III. *„Sie sind das beste Beispiel eines guten Redners, denn Sie zeigen ja, dass man erst in den Kopf etwas hineintun muss, damit auch etwas Sinnvolles herauskommen kann.“*

I. *„Lieber Wolfgang Gerhardt, Deine herausragende Eigenschaft ist das, was ich gelassene Entschlossenheit nennen würde. Abwägendes Prüfen und Nachdenken, manchmal auch über einen längeren Zeitraum, aber dann ein klarer Kurs, der die tief greifenden Reformen der Stiftung aufs Gleis gebracht hat. Ein strategischer Kopf ersten Ranges, und gleichwohl ein Mann von wunderbarem Humor und einer guten Portion Selbstironie.“*

II. *„Es ist keine einfache Zeit für freiheitlich-liberales Denken in der heutigen Welt: grassierender Populismus im Westen, autoritäre Tendenzen im Osten, und überall zunehmende Skepsis gegenüber Freiheit und Fortschritt. Immer mehr Staatskapitalismus statt Marktwirtschaft, Protektionismus statt Freihandels, geschlossene Räume statt offener Gesellschaft. Immer mehr exekutiver Durchgriff statt unabhängiger Justiz, immer mehr Medienlenkung und Selbstzensur statt freien Wortes und fruchtbaren Austauschs. Tröstlich ist dabei allein, dass die Erfahrung eines lehrt: Das Bewusstsein für die liberalen Werte von Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft wird immer dann geschärft, wenn diese bedroht sind. Das motiviert uns als Friedrich-Naumann-Stiftung, in der Zukunft für diese Werte noch mehr zu tun, als in der Vergangenheit möglich war.“*



Professor Karl-Heinz Paqué, neuer Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Wolfgang Gerhardt, scheidender Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

I. „Ideen brauchen überzeugende Botschafter, und die liberale ganz besonders. Sie brauchen Menschen, die Fähigkeiten und Können mit Bescheidenheit verbinden, Vertrauen ausstrahlen und ihre Person hinter das Werk bringen. Das ist das Ensemble von Eigenschaften, das Politik Gestalt gibt und eine Idee im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert. Für solche Persönlichkeiten sollte es in der liberalen Familie keine Obergrenzen geben. Gerade sie brauchen wir in einer Zeit, in der eine weltweite Konterrevolution gegen den Liberalismus auf dem Weg ist.“

II. „Wir sollten all denen entgegenreten, die in neuen Uniformen das Totalitäre wieder etwas aufhübschen wollen. Sie sind die Verlierer von morgen. Sie wissen gar nicht, was sie sich selbst und unserem Land antun. Ich bin das Volk, mein Wille geschehe, das klingt nicht demokratisch, sondern gefährlich.“

III. „Weltweit haben längst noch nicht alle gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt und auch nie gegeben hat. Albert Einstein bemerkt dazu, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Darüber muss sich Deutschland Gedanken machen, denn es gibt viele, die eine Art von, wie Heinrich August Winkler schreibt, pathologischem Lernen aus der deutschen Katastrophengeschichte pflegen.“

IV. „Aber: Der Satz von Konfuzius „Wenn du liebst, was du tust, musst du nie arbeiten“ war nicht weit entfernt von meinen Gefühlen bei Wahrnehmung verantwortlicher Aufgaben. Ohne deshalb so zu tun, als ob das alles leicht von der Hand gegangen wäre.“



Der neue Stiftungsvorstand: Vorsitzender Karl-Heinz Paqué, Stellvertreterin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Schatzmeister Manfred Richter, Bettina Stark-Watzinger und Michael Link gemeinsam mit Wolfgang Gerhardt.

→ unter anderem der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, der Historiker Timothy Garton Ash, der verstorbene Bischof Karl Kardinal Lehmann, Philosoph Peter Sloterdijk und Verfassungsrichter Professor Udo Di Fabio.

Am festlich inszenierten Stabwechsel an der Spitze der Stiftung in der Bauakademie nahmen neben Christian Lindner viele weitere hochkarätige liberale Persönlichkeiten teil. Ebenso illustre war die Riege der Gäste, die dem scheidenden und dem neuen Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Ehre erwiesen. Dabei wurden nicht nur die Verdienste Gerhardts und seines Vorstandskollegen Wolf-Dieter Zumpfort, der sich ebenfalls nach langjähriger liberaler Tätigkeit von der Stiftung verabschiedete, gewürdigt; Gerhardt nahm sich auch die Zeit für einen Rückblick, und Karl-Heinz Paqué gab einen Ausblick auf die Aufgaben und Inhalte der Stiftungsarbeit in den kommenden Jahren. Zum Ende seiner fulminanten Rede gab Wolfgang Gerhardt auch im Namen von Wolf-Dieter Zumpfort vor den versammelten Gästen ein Versprechen ab, das diese gern annahmen: „Wir lösen uns nicht in Luft auf. Wir sagen ganz einfach: Auf Wiedersehen!“

Fotos: Wolfgang Borrs/frankneuberger.de



„Karl-Heinz Paqué, meinem Nachfolger an der Spitze der Stiftung, gratuliere ich zur neuen Aufgabe. Er ist aus der Wissenschaft in die Politik gekommen, war Finanzminister von Sachsen-Anhalt und Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Jetzt leitet er den im besten Sinne kollegial arbeitenden Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist mit diesem Team Herausgeber dieses Magazins. Ich wünsche ihm und dem gesamten Vorstand den größtmöglichen Erfolg.“
Wolfgang Gerhardt

LIBERALER APPELL

Auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt als Bundespräsident ist **Joachim Gauck** gesellschaftlich und politisch weiter höchst aktiv. Sein unermüdliches Eintreten für eine liberale Gesellschaft, eine freiheitliche Politik mit Moral und den steten Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen ehrte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Mitte November mit dem diesjährigen Freiheitspreis.

VON KIRSTIN HÄRTIG



Fotos: Stephan Flad



„Wir müssen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit ernst nehmen, ebenso wie den Wunsch nach Eingebundensein und Beheimatung. Zugleich sollten wir ihre Risikokompetenz stärken, etwa in den Debatten von Migration, Globalisierung oder Digitalisierung. Diese Themen dürfen die Gesellschaft nicht neu aufspalten in Gewinner und Verlierer. Ich freue mich, dass auch die Friedrich-Naumann-Stiftung diese Themen im Blick hat.“

Joachim Gauck,
Bundespräsident a. D. und Träger des
Freiheitspreises 2018 der Friedrich-
Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Frankfurter Paulskirche ist regelrecht das Wohnzimmer des politischen Liberalismus: Hier tagten im 19. Jahrhundert die Männer der Frankfurter Nationalversammlung. Seit 2006 ist das historische Gebäude alle zwei Jahre Austragungsort des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Mit der Auszeichnung werden liberale Impulsgeber geehrt, die besonders zur Fortentwicklung freiheitlicher Ziele und Werte in der ganzen Welt beitragen und beigetragen haben. Joachim Gauck, der reddegewandte Freigeist und Bundespräsident a. D., der wie wenige seiner Vorgänger das Thema Freiheit in den Mittelpunkt seines Schaffens gestellt hatte, ist ein weiterer sehr würdiger Preisträger in der noch vergleichsweise jungen, aber bereits sehr ruhmreichen Geschichte des Freiheitspreises.

Erster Preisträger im Jahr 2006 war Hans-Dietrich Genscher. 2008 wurde der peruanische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa geehrt, 2010 die Sozialwissenschaftlerin und Frauenrechtlerin Necla Kelek, 2012 der Philosoph Professor Wolfgang Kersting, 2014 die südafrikanische Politikerin Helen Zille. Die Ehrung vor zwei Jahren ging an den früheren Schweizer Bundespräsidenten und Unternehmer Kaspar Villiger.

In seiner ebenso fulminanten wie nachdenklich stimmenden Rede vor rund 720 Gästen in der Frankfurter Paulskirche widmete sich Joachim Gauck wohl dem der-

zeit brennendsten Themenkomplex, der nicht nur in Deutschland die Politik und die Politiker beschäftigt: dem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Heimat und Weltoffenheit, zwischen Tradition und Moderne, zwischen analogem Jetzt und technologisierter Zukunft. Eine Lösung für all diese Problemfelder kann auch ein Bundespräsident a. D. nicht im Alleingang liefern, sehr wohl aber zum Nachdenken und Neujustieren anregen - und damit für eine Politik des Zuhörens und Vertrauens werben. Für eine Politik, die Chancen eröffnet und Menschen mitnimmt, statt sie gesellschaftlich auszugrenzen. „Wir stehen vor Herausforderungen, die in der Geschichte einzigartig sind“, ist Gauck zutiefst überzeugt.

Den Freiheitspreis 2018 erhielt Joachim Gauck aus den Händen von Professor Jürgen Morlok, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, und Professor Karl-Heinz Paqué, seit Ende September 2018 neuer Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Professor Ludwig Theodor Heuss, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums, hielt die bewegende Laudatio auf den Geehrten.

Uwe Becker, Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, ließ es sich nicht nehmen, den Ehrengast höchstpersönlich im liberalen Wohnzimmer zu begrüßen. Nicola Beer, MdB und Generalsekretärin der Freien Demokraten, ehrte Joachim Gauck mit einem weiteren Grußwort. ●

Alle Reden, Fotos und Videos: www.freiheit.org

Die Redner beim
Freiheitspreis 2018
in der Frankfurter
Paulskirche:
Joachim Gauck;
Professor Ludwig
Theodor Heuss; die
Professoren
Jürgen Morlok und
Karl-Heinz Paqué
mit Preisträger
Gauck; Nicola Beer

Führen oder besser nicht?

Nationale Selbst- und Außenwahrnehmung sind in der Außenpolitik von großer Bedeutung. Das gilt in Bezug auf die aktuelle US-Politik, aber gerade auch auf die sogenannte vieldiskutierte „deutsche Frage“. Diese handelt davon, wie sich ein geeinter deutscher Staat – an Bevölkerung und Wirtschaftspotential alle andere Nationen westlich von Russland überragende – mit der Stabilität und dem Gleichgewicht Europas verträgt. Der Historiker Andreas Rödder legt bei seinem luziden Rückblick auf dieses Problem in seinem Buch viel Wert auf die gegenseitigen Wahrnehmungen. Grob gesagt unterscheidet er dabei zwei in sich widersprüchliche Erscheinungsformen: Während die Deutschen selbst stets dazu neigten, „sich als schwächer, harmloser und friedlicher anzusehen“ als die anderen, besteht bei vielen Nachbarnationen ein deutsches Doppelbild von Kultur- und Militärnation. Diese Melange führte zu rigoroser Eindämmung des deutschen Potenzials. 1990 scheinbar überwunden, kehrte die Konstellation im Zuge der Schuldenkrise in Europa in veränderter Form zurück und stellt(e) die deutsche Außenpolitik vor ein vertrautes Dilemma: die „natürliche“ Führungsrolle übernehmen oder besser doch nicht? Rödder sieht als Ausweg mehr „Empathie“ für die Wahrnehmungen der jeweils anderen, fordert aber auch das gegenseitige Verständnis für die nationalen Interessen aller Beteiligten, was für Deutschland mehr „Investment in Europa“ und für die EU mehr Flexibilisierung bedeuten würde. Darüber kann man diskutieren, in jedem Fall eignet sich das sehr lesbare Werk aber gut als Einstieg in die alte neue „deutsche Frage“. **Jürgen Froelich**

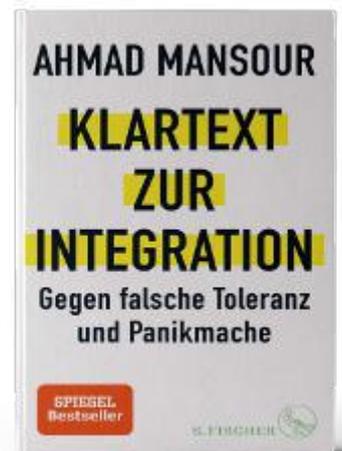


Andreas Rödder
Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems.
Fischer Verlag 2018,
368 Seiten, 20 Euro

BÜCHER

Klartext zur Integration

„Beim Thema Integration kommen wir – gerade weil es in vielerlei Hinsicht so emotional ist – nur weiter, wenn wir es mit kühlem Kopf, einer differenzierten Haltung und ohne Tabus behandeln.“ Der Autor, der das in seinem Buch sagt, ist ausgebildeter Psychologe und Gründer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung & Extremismusprävention (MIND Prevention) sowie Mitbegründer des Muslimischen Forums. Ahmad Mansour kritisiert seit Jahren die vielfach hilflosen und naiven Ansätze in der politischen und öffentlichen Diskussion, wenn es um die Themen Flüchtlinge, Einwanderung und Integration geht. In seinem aktuellen Buch „Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache“ formuliert er ganz konkrete Schritte und Maßnahmen im Rahmen einer nationalen Strategie. Denn für ihn steht fest: Die Integration von zu uns kommenden und bereits hier lebenden Migranten ist eine Jahrhundertaufgabe, die eine durchdachte und planvolle Herangehensweise erfordert. Dabei betont Mansour die „Bringschuld der Zugewanderten“ besonders. Und ihm ist durch jahrelange Arbeit in unzähligen Projekten – Schulen, Jugendzentren, Asylunterkünften, Gefängnissen etc. – klar geworden: „Wir müssen ‚out of the box‘ denken. Wir müssen innovativ ansetzen, damit Integration gelingt.“ Das lesenwerte Buch entwickelt viele kluge Ansätze und Lösungsvorschläge zum Thema Integration, dessen Autor mit Erfahrung und Empathie Brücken baut. **Michael Roick**



Ahmad Mansour
Klartext zur Integration
Gegen falsche Toleranz und Panikmache.
Fischer Verlag 2018,
304 Seiten, 20 Euro

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» DAS ALLERWICHTIGSTE
IST, DASS DU SAUBER
SPIELST, EGAL WO UND
WAS DU SPIELST. «

Bastian Schweinsteiger, Weltmeister mit der Fußballnationalmannschaft

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL
MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
Spielerschutz • Geprüfte Qualität

automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).





„ICH SEHE STILLSTAND, ENGPÄSSE UND LEERLAUF.“

Man muss kein Wahrsager sein, um zu erkennen, dass der **Fachkräftemangel** die M+E-Industrie trifft.

Was wir dagegen tun können:

www.herz-der-wirtschaft.de/fachkraeftemangel

